



Gegen Protektionismus von IGM-Spitzen, Linkspartei!

dpa



Getty Images



Autobosse erpressen GM/Opel-Arbeiter

Links: Opel-Werk in Bochum. Rechts: Pressekonferenz nach Verhandlungen über Opel-Rettungspaket. Betriebsratsboss Klaus Franz (links) neben GM-Manager Forster, Kanzlerin Merkel und Opel-Vorsitzendem Hans Demant (ganz rechts). Franz fungierte hierbei als Co-Manager gegen die Interessen der Arbeiterklasse

Ausgelöst durch die Finanzkrise befindet sich die Autoindustrie international in einer Überproduktionskrise, die Existenz und Lebensstandard von Millionen Arbeitern welt-

Für eine internationale sozialistische Planwirtschaft!

weit bedroht. VW-Vorstandschef Martin Winterkorn geht für 2009 von einem branchenweiten Rückgang der weltweiten Verkäufe um 20 Prozent gegenüber früheren Erwartungen aus. Das wären **12 Millionen** Fahrzeuge weniger – ein noch nie dagewesener Einbruch für die Autobranche, die eines der Standbeine der Wirtschaft von den führenden imperialistischen Nationen, vor allem Deutschland, Japan und den USA, aber auch Frankreich, ist. Alle Autobosse nutzen die Krise, um die Gewerkschaften massiv anzugreifen.

Mit am unmittelbarsten sind die Arbeiter des US-Autoherstellers General Motors (GM) bedroht, der vor der Insolvenz steht. Zusammen mit den anderen der „Großen Drei“ US-Autohersteller, Chrysler und Ford, versuchen die GM-Bosse, aus der US-Regierung Milliarden schwere Rettungspakete auszupressen, um ihre Profite zu garantieren. In

Europa ist die Lage bei Opel und den anderen GM-Tochterunternehmen besonders zugespitzt. Carl-Peter Forster, Chef von GM Europa, plant 10 Prozent Kürzungen bei Personalkosten und weitere 750 Millionen Dollar an Einsparungen. Ein Artikel der *Westdeutschen Allgemeinen Zeitung* vom 1. Dezember 2008 beschreibt die Stimmung bei der historisch kämpferischen Belegschaft von Opel-Bochum als eine „Mischung aus Wut, Kampfbereitschaft und Resignation“. Bei einer Betriebsversammlung sprachen sich viele Arbeiter gegen weitere Zugeständnisse an die GM-Bosse aus: „Es geht um die Frage, wohin uns der Verzicht und wohin uns der Kampf führt“, so [Vertrauensmann] Reichelt. „Und dazu gab es von der Belegschaft eine klare Ansage: Wir verzichten nicht mehr!“ wiederholt Vertrauensmann Rainer Weinmann die Forderung nach Einhaltung des Tarifvertrags.“

Das Bochumer Opel-Werk war in der Vergangenheit
Fortgesetzt auf Seite 24

**Vor 70 Jahren: Gründung von
Trotzkis Vierter Internationale**

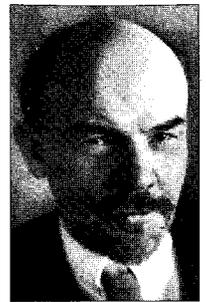
Seite 13

Lenin über die Deutsche Revolution 1918/19



TROTZKI

In seinem „Brief an die Arbeiter Europas und Amerikas“ vom Januar 1919 fasste W. I. Lenin, Führer der Oktoberrevolution von 1917, die entscheidenden Lehren aus der Entwicklung der Deutschen Revolution zusammen. Für Lenin und die Bolschewiki war die Revolution in Deutschland überaus wichtig, denn sie stellte die beste unmittelbare Möglichkeit zur internationalen Ausweitung der Russischen Revolution auf die entwickelten Industrieländer und zur Unterstützung der jungen Sowjetmacht dar. Dies wird von Lenin unterstrichen, der im selben Brief über den endgültigen Bruch des Spartakusbundes von der Sozialdemokratie und über die Gründung der KPD schreibt: „Da war die Gründung einer wahrhaft proletarischen, wahrhaft internationalistischen, wahrhaft revolutionären III. Internationale, der Kommunistischen Internationale, Tatsache geworden. Formell ist diese Gründung noch nicht vollzogen, aber faktisch besteht die III. Internationale heute schon.“



LENIN

Der ganze Entwicklungsgang der deutschen Revolution und besonders der Kampf der „Spartakusleute“, d. h. der wahren und einzigen Vertreter des Proletariats, gegen den Bund des Verrätergesindels, der Scheidemänner und Südekums, mit der Bourgeoisie – all das zeigt klar, wie die Geschichte in bezug auf Deutschland die Frage *gestellt* hat:

„Sowjetmacht“ oder bürgerliches Parlament, unter welchem Aushängeschild (ob als „National“versammlung oder als „Konstituierende“ Versammlung) es auch immer auftreten möge.

Das ist die *weltgeschichtliche* Fragestellung. Heute kann und darf man das ohne jede Übertreibung sagen.

Die „Sowjetmacht“ ist der zweite weltgeschichtliche Schritt oder die zweite weltgeschichtliche Etappe in der Entwicklung der Diktatur des Proletariats. Der erste Schritt war die Pariser Kommune. Die geniale Analyse des Inhalts und der Bedeutung dieser Kommune, die Marx in seinem „Bürgerkrieg in Frankreich“ gegeben hat, zeigt, dass die Kommune einen *neuen Staatstypus, den proletarischen Staat*, geschaffen hat. Jeder Staat, auch die demokratischste Republik, ist nichts als eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere. Der proletarische Staat ist die Maschine zur Niederhaltung der Bourgeoisie durch das Proletariat, und diese Niederhaltung ist notwendig angesichts des wütenden, verzweifelten, vor nichts haltmachenden Widerstands, den die Gutsbesitzer und Kapitalisten, die ganze Bourgeoisie mit samt ihren Helfershelfern, alle Ausbeuter leisten, sobald

man darangeht, sie zu stürzen, sobald man die Expropriation der Expropriateure in Angriff nimmt...

Obige Zeilen waren noch vor dem bestialischen und niederträchtigen Meuchelmord geschrieben, den die Regierung Ebert-Scheidemann an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg verübt hat... Man findet keine Worte für die ganze Abscheulichkeit und Niedertracht dieser Henkertaten der Pseudosozialisten. Die Geschichte hat offenbar einen Weg gewählt, auf dem die Rolle der „Arbeiterlieutenants der Kapitalistenklasse“ die „äußerste Grenze“ der Bestialität, Schändlichkeit und Niedertracht erreichen soll. Mögen die Kautskyaner, diese Narren, in ihrer Zeitung „Die Freiheit“ nur immer von einem „Gericht“ schwätzen, dem Vertreter „aller“ „sozialistischen“ Parteien (die Scheidemann, die Henker, werden von diesen Lakaien seelen weiterhin Sozialisten genannt) angehören sollen! Diese Helden philiströsen Stumpfsinns und kleinbürgerlicher Feigheit begreifen nicht einmal, dass das Gericht ein Organ der Staatsmacht ist und dass der Kampf und der Bürgerkrieg in Deutschland eben darum gehen, in wessen Händen diese Macht liegen soll: in den Händen der Bourgeoisie, die die Scheidemann als Henker und Pogromhelden und die Kautsky als Barden der „reinen Demokratie“ „bedienen“ werden, oder in den Händen des Proletariats, das die kapitalistischen Ausbeuter stürzen und ihren Widerstand brechen wird.

W. I. Lenin, „Brief an die Arbeiter Europas und Amerikas“ (21. Januar 1919)

SPARTAKIST

herausgegeben vom Zentralkomitee der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Redaktion: Herbert Adler, Jana Gerrard, Barbara Köhler, Renate Müller, Steffen Singer (verantwortlicher Redakteur), Jörg Steenrod, Oliver Wegenstein (Produktionsleiter)
Vertriebsleiterin: Renate Müller

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
E-Mail: spartakist@online.de
Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 43 94 01

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: S. Schaller, 10249 Berlin
Jahresabonnement € 4,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

Druck: Druckerei Bunter Hund, Berlin
ISSN 0173-7430

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 4. Januar 2009

Nr. 175

Januar 2009

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429, New York, NY 10116, USA
www.icl-fi.org

KONTAKTADRESSEN

- Berlin:** SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
Telefon: (0 30) 4 43 94 00
- Hamburg:** SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (0 40) 32 36 44
- E-Mail:** spartakist@online.de

Gesellschafter der Verlag Avantgarde GmbH: Herbert Aubel (Berlin), Geschäftsführer, 33%; Sylvia Krüger (Berlin), Journalistin, 33%; Günter Weinreich (Hamburg), Geschäftsführer, 33%.

Mobilisiert die Macht der Arbeiterklasse gegen Polizeiterror!

Massenproteste erschüttern Griechenland

In Reaktion auf die Massenproteste in Griechenland gegen Polizeiterror und Staatsrepression veröffentlichte die Trotzistische Gruppe Griechenlands (TGG) eine Erklärung am 9. Dezember 2008. Die nachfolgende, leicht redigierte Einleitung wurde zuerst von der Zeitung der Spartacist League/Britain (SL/B), *Workers Hammer*, am 16. Dezember abgedruckt. Die TGG und SL/B sind wie die SpAD Sektionen der Internationalen Kommunistischen Liga.

Die Proteste sind über die Erschießung des Schülers Alexandros Grigoropoulos am 6. Dezember 2008 durch die Polizei in Athen ausgebrochen. Das Flugblatt wurde während des massiven eintägigen Generalstreiks am 10. Dezember verteilt. Dazu hatten vor dem Tod von Grigoropoulos die zentralen Gewerkschaften aufgerufen aus Protest gegen das arbeiterfeindliche harte Kürzungsprogramm der Regierung. Die griechische Regierung forderte die Gewerkschaftsführungen auf, den Streik abzulassen. Die Gewerkschaftsbürokraten jedoch fürchteten eine Gegenreaktion der Basis, falls sie den Streik absagten. Die Gewerkschaften demonstrierten vor dem Parlamentsgebäude, statt durch die Innenstadt zu marschieren. Die Gewerkschaftsdachverbände – der Gewerkschaftsdachverband der Arbeiter und Angestellten in der privaten Wirtschaft (GSEE) und die Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes (ADEDY) – werden beide von PASOK geführt. PASOK wird oft von der griechischen Linken zu einer reformistischen Arbeiterpartei stilisiert, ist aber eine durch und durch bürgerlich-populistische Formation.

Griechische Organisationen wie die SEK, verbunden mit *marx21/Linksruck* in Deutschland, und die Gruppe Xekini (Neuanfang), Schwesterorganisation der SAV in Deutschland, laufen PASOK hinterher. Ihre zentrale Forderung lautet: „Nieder mit der Regierung von Mördern“! Wie das Flugblatt der TGG erklärt, zielen diese Reformisten darauf ab, das rechte Regime von Karamanlis' Partei Neue Demokratie (ND) durch eine „linke“ bürgerliche Regierung zu ersetzen. Das bedeutet entweder die Rückkehr von PASOK oder eine neue Volksfront aus einer Kombination von PASOK und Syriza (Koalition der Radikalen Linken,



Rizospastis

Athen, 13. Dezember 2008: Schüler und Studenten demonstrieren massenhaft nach Erschießung von Alexandros Grigoropoulos durch Polizei

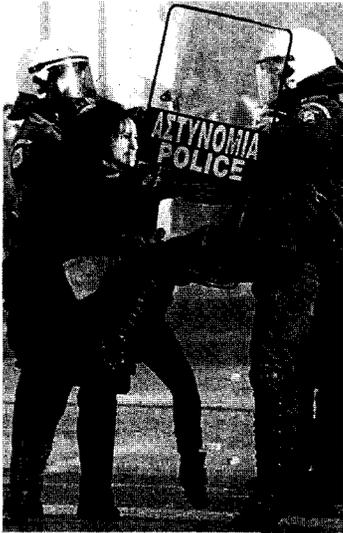
die von Synaspismos aus dem alten „eurokommunistischen“ Flügel der KP dominiert wird) mit offen bürgerlichen Elementen. Solch eine Regierung würde einfach eine neue Hürde für die Arbeiterklasse aufbauen bei deren Kampf gegen die kapitalistischen Ausbeuter und gleichzeitig einen Nährboden darstellen für das Anwachsen der Faschisten wie der Golden Dawn, die gegen die Jugendproteste mobil machen.

Die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE), die einen bedeutenden Teil der Arbeiterklasse führt, nimmt scheinbar eine Oppositionshaltung zu PASOK ein, wenn sie in ihrer Zeitung *Rizospastis* (11. Dezember) erklärt: „ND/PASOK, gleiche Geschichte – Kahlschlagpolitik, Arbeitslosigkeit, Terrorismus“, und sagt: „Keine

Illusionen mehr“, und die Alternative aufzeigt: „Entweder mit dem Kapital oder mit den Arbeitern“. Jedoch steht die KKE ganz sicher nicht für die Klassenunabhängigkeit des Proletariats oder für prinzipielle Opposition gegen Koalitionen mit bürgerlichen Parteien. Im Gegenteil – durch ihre ganze Geschichte hindurch hat die KKE die verräterische stalinistische Politik des Volksfrontbetrugs an der Arbeiterklasse aufrechterhalten. Vor nicht allzu langer Zeit, in den späten 80er-Jahren, nahm die KKE an Volksfrontkoalitionen mit ND und PASOK teil, und sie wird keine Gewissensbisse dabei haben, dies wieder zu tun, wenn sich die Gelegenheit bietet.

Obszönerweise beteiligte sich die KKE an den Hexenjagden gegen die Anarchisten und initiierte eine Jagd auf die zahmen Sozialdemokraten von Syriza, indem sie fälschlicherweise behauptete, dass diese das Niederbrennen von Läden stillschweigend duldeten. Indem sie sich weigern, die Anarchisten gegen die Hexenjagd der rechten Regierung zu verteidigen, versuchen sowohl die KKE als auch Syriza, der Bourgeoisie zu beweisen, dass sie verlässliche Kandidaten für die Verteidigung der kapitalistischen Ordnung sind.

Die Proteste gegen die brutale Erschießung von Alexandros Grigoropoulos durch die Polizei überschritten sich mit den Streiks und Protesten der Gewerkschaften gegen die Auswirkungen der globalen Wirtschaftskrise auf die Arbeiter. Griechenland hat gegenwärtig ein Leistungsbilanzdefizit von



Links:
Polizeiübergreif auf
Demonstrantin bei
Begräbnis des
erschossenen
Jugendlichen,
9. Dezember 2008.
Rechts:
Spartakisten auf
Demonstration in
Berlin für Mumia
Abu-Jamal protes-
tieren gegen
Polizeiterror in
Griechenland,
12. Dezember 2008

EPA



Spartakist

53 Milliarden US-Dollar oder 15 Prozent seines Bruttonationalprodukt, das höchste in der Eurozone. Die Jugendarbeitslosigkeit beträgt 19 Prozent, während die allgemeine Arbeitslosenrate bei sieben Prozent liegt. Es gibt massive allgemeine Wut über die Karamanlis-Regierung, die den Lebensstandard der Arbeiterklasse durch Privatisierungen, Steuererhöhungen und Renten„reformen“ angreift, und das in einem Land, wo schätzungsweise 20 Prozent der Bevölkerung in Armut lebt. Im Gegensatz zu den Versprechungen eines „Wechsels“ durch PASOK-Führer Papandreou würde sich eine PASOK-Regierung ebenso daranmachen, die Arbeiterklasse für die Krise des Kapitalismus zahlen zu lassen.

Erklärung der Trotzlistischen Gruppe Griechenlands

Athen, 9. Dezember: Am 6. Dezember wurde der 15-jährige Schüler Alexandros Grigoropoulos kaltblütig durch die Kugeln eines Polizisten im Athener Bezirk Exarchia getötet. Es kam zu spontanen Protestdemonstrationen in Athen und Thessaloniki, die sich rasch über ganz Griechenland ausbreiteten und bis jetzt anhalten. In dieser, wie die Presse schreibt, größten Krise Griechenlands seit dem Ende der blutigen Militärdiktatur 1974 sind die Protestierenden direkt mit der brutalen Realität des „demokratischen“ kapitalistischen Staates konfrontiert. Mindestens 150 Leute wurden vorübergehend in Polizeigewahrsam genommen und 70 verhaftet. Und die Repression geht weiter. *Wir verteidigen die protestierenden Anarchisten und andere Jugendliche gegen Staatsrepression! Wir fordern das sofortige Fallenlassen aller Anklagen gegen die Protestierenden! Für die sofortige Freilassung aller Verhafteten!*

Die Trotzlistische Gruppe Griechenlands, sympathisierende Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), solidarisiert sich mit der Wut über den Polizeiterror des kapitalistischen Staates, die in den Straßen zum Ausbruch gekommen ist. Die Wut über die Ermordung von Alexandros Grigoropoulos ist nur die Spitze des Eisbergs. Weit verbreitet ist der Hass auf die rechte Regierung der Partei Neue Demokratie (ND) unter Karamanlis, deren Herrschaft geprägt ist von Massenarbeitslosigkeit, Finanzskandalen, der riesigen und zunehmenden Kluft zwischen Arm und Reich sowie der brutalen Ausbeutung und Unterdrückung von Immigranten.

Die Proteste gegen den Polizeiterror brauchen einen organisierten Ausdruck, der die Wut der protestierenden Jugendlichen mit der sozialen Macht des Proletariats zusammenschweißt. Die Arbeiterklasse muss nicht nur mobilisiert werden, um die protestierenden Jugendlichen gegen die

Gewalt der Polizei zu verteidigen, sondern auch als ein Teil des Kampfes gegen das kapitalistische System selbst.

Die reformistische Linke bietet verschiedene Rezepte an, um den kapitalistischen Staat und seine Unterdrückungsorgane weißzuwaschen. Die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) sagt in einer Erklärung vom 7. Dezember: „Die Verantwortung der Regierung der ND ist groß und liegt auf der Hand, sowohl generell und speziell für das politische Klima, das sie pflegt, und für die Ausbildung der Polizeikräfte.“ Der Vorsitzende von Syriza [„Koalition der Radikalen Linken“], Alava-

nos, stellte am 8. Dezember im Parlament dem Innenminister die Frage: „Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, um sicherzustellen, dass die Polizei ein Verständnis von Toleranz, demokratischem Benehmen und Zusammenarbeit gegenüber den Bürgern haben wird?“ Wieder einmal verbreiten die KKE und Syriza die Illusion, dass der kapitalistische Staat reformiert werden könne und dass die kapitalistischen Herrscher die Sicherheitskräfte ausbilden und aufklären könnten oder gar dazu gezwungen werden könnten, die Kontrolle der Polizei den ausgebeuteten und unterdrückten Massen zu überlassen, also genau diejenigen, die zu unterdrücken die Bullen bezahlt werden.

Die Perspektive von KKE und Syriza ist es, die ND-Regierung durch eine neue Volksfront zu ersetzen. Völlig opportunistisch hoffen diese reformistischen Parteien, gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien den kapitalistischen Staat zu verwalten, was notwendigerweise bedeuten wird, die Arbeiterklasse anzugreifen. Auch hinter den Aufrufen von Reformisten wie den Cliff-Anhängern der SEK und DEA, die Karamanlis-Regierung loszuwerden, steckt die Unterstützung für eine solche Volksfront.

Wie Lenin in *Staat und Revolution* (1917) schrieb: „Das stehende Heer und die Polizei sind die Hauptwerkzeuge der Gewaltausübung der Staatsmacht ... der Staat [ist] ein Organ der Klassenherrschaft, ein Organ zur Unterdrückung der einen Klasse durch die andere, ist die Errichtung derjenigen ‚Ordnung‘, die diese Unterdrückung sanktioniert und festigt, indem sie den Konflikt der Klassen dämpft.“ Die „Ordnung“, auf die sich Lenin hier bezieht, kann nicht durch das Werfen von Molotowcocktails verändert werden. Auch wenn die Anarchisten in den Augen einiger Jugendlicher „militant“ erscheinen, sind sie dagegen, genau das Instrument aufzubauen, das unabdingbar ist, um die kapitalistischen Ausbeuter und ihren Staat loszuwerden – eine leninistische Avantgardepartei.

Die Weltwirtschaftskrise hat den Bankrott des kapitalistischen Systems gezeigt, aber es gibt keine ausweglosen Situationen für die Bourgeoisie. Als die wirklichen Trotzlisten kämpfen wir darum, die Kräfte des multirassischen Proletariats zu mobilisieren, um nicht nur gegen das kapitalistische System zu protestieren, sondern um darum zu kämpfen, es zu beseitigen. Wir kämpfen darum, leninistische Avantgardeparteien als Teil einer revolutionären Internationale wiederzuschmieden, die notwendig ist, um die kapitalistischen Ausbeuter und ihre Staaten hinwegzufegen, Arbeiterstaaten aufzubauen und eine weltweite sozialistische Gesellschaft, die auf Gleichheit beruht, zu errichten. *Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle! Nieder mit den Anklagen! Für eine revolutionäre Avantgardepartei in Griechenland als Sektion einer wiedergeschmiedeten Vierten Internationale!■*

Schülerstreik gegen Berliner SPD/LINKE-Senat

Am 12. November gingen in 46 deutschen Städten mehr als 100 000 Schüler auf die Straße, um gegen die miserablen Zustände im kapitalistischen Bildungswesen zu protestieren. In Griechenland kam es zu wütenden Protesten von Jugendlichen, nachdem am 6. Dezember die Erschießung eines 15-jährigen Schülers durch die Polizei das Fass zum Überlaufen brachte. Diese fielen mit Arbeiterstreiks im ganzen Land gegen das Kürzungsprogramm der Regierung zusammen. (Siehe Erklärung der Trotzlistischen Gruppe Griechenlands auf Seite 3). Was beide Proteste eint, ist Wut über die Perspektivlosigkeit im kapitalistischen System, das insbesondere Jugendlichen keine Zukunft zu bieten hat. Die Spartakist-Jugend beteiligte sich an dem Schülerprotest in Berlin ebenso wie an Solidaritätsdemonstrationen für die griechischen Proteste mit der Perspektive, die Kämpfe von Jugendlichen mit der sozialen Macht der Arbeiterklasse zu verbinden und sie für das Programm der Arbeiterrevolution zu gewinnen.

Beim Schülerstreik verteilten wir mehr als 1400 Flugblätter mit dem Titel „Für Klassenkampf gegen SPD/LINKE-Senat!“, welcher angesichts der massiv unbeliebten Kürzungspolitik des Senats auf breite Sympathie stieß – trotz der verbreiteten Illusionen in die Linkspartei als

Kostenlose Bildung für alle auf höchstem Niveau!

„kleineres Übel“. Die Polizei drangsalierte den Berliner Protest durch ständige Zwangsstops und permanente Kameraüberwachung und nahm 13 Demonstranten fest. Als die Demo das Hauptgebäude der Humboldt-Universität erreichte, wollten einige Teilnehmer hineingehen, um Studenten zur Unterstützung zu mobilisieren. Spontan strömten etwa 1000 Jugendliche nach und besetzten kurzzeitig dieses Symbol höherer Bildung, die vielen von ihnen im kapitalistischen Schulsystem auch weiterhin verwehrt sein wird.

Dabei nahm auch eine Ausstellung über die Enteignung jüdischer Unternehmer im Dritten Reich Schaden. Obwohl selbst die Polizei zugab, dass sie keine Belege für eine zielgerichtete Beschädigung hat, wurde von Vertretern des Senats und der Uni-Verwaltung sofort eine Hetze in den bürgerlichen Medien entfacht, die Proteste als „antisemitisch“ zu verleumden. So bezeichnete HU-Präsident Marksches den „Vorfall“ zynisch als „ein Attentat auf unsere jüdischen Mitbürger und die ganze demokratische Kultur des Landes“ (*Spiegel online*, 14. November 2008). Hier wurde ganz bewusst der Vorwurf des Antisemitismus als Knüppel missbraucht, um einen berechtigten Protest zu diffamieren. Die Heuchelei ist grotesk, denn es ist der bürgerliche Senat, der



Turmelnde Tauben

Wütende Jugendliche besetzen kurzzeitig die HU Berlin während des Schülerstreiks am 12. November 2008

regelmäßig die Polizei losschickt, um Nazi-Aufmärsche zu beschützen und rassistische Abschiebungen durchzuführen. Gerade an der HU heuerte Anfang der 90er-Jahre, nach der konterrevolutionären Zerstörung der DDR, Marksches' Vorgängerin Dürkop den Ex-SS-Sturmbannführer Wilhelm Krelle an, um linke und DDR-Dozenten hinauszusäubern. Die Hetze gegen den Schülerstreik folgt demselben Muster wie die bürgerliche Lüge von der „Kollektivschuld“ aller Deutschen am Holocaust, die dem Proletariat und den Unterdrückten die Verantwortung für den Holocaust geben und die deutsche Bourgeoisie von Auschwitz weißwaschen soll, die Hitler und die Nazis an die Macht brachte und somit die Verantwortung für den industriellen Mord an 6 Millionen Juden trägt.

Der neueste Versuch des SPD/LINKE-Senats, die Möglichkeiten des bürgerlichen Staates zur Einschüchterung und Kontrolle von Schülern zu verschärfen, ist ein Gesetzentwurf der beiden Regierungsparteien für eine schon länger geplante „zentrale Schülerdatei“. Neben diversen Personendaten der Schüler soll insbesondere auch ihre Staatsangehörigkeit und Muttersprache erfasst werden. Justizsenatorin von der Aue (SPD) sagt ganz offen, wozu es geht: „Diese Schülerdatei ist eines der wichtigsten Mittel, um effektiv gegen Schulschwänzer und junge Straftäter vorzugehen. Wir können nicht länger darauf warten“ (Pressemitteilung, 17. April 2008). Schon jetzt bedeutet das rassistische Polizeikontrollen von Jugendlichen aus ethnischen Minderheiten und Privatbulen vor den Schulen. Schon seit letztem Sommer waren Schüler ohne deutschen Pass in Berlin durch ein neues Gesetz der Ausländerbehörde des SPD/LINKE-Senats bedroht, abgeschoben zu werden, „wenn sie voraussichtlich keinen Schulabschluss erreichen werden und deswegen keine

Chance auf einen Ausbildungsplatz hätten“ (*junge Welt*, 21. August 2008). **Nein zur Schülerdatei! Bullen runter vom Schulhof! Gegen rassistische Abschiebungen – für volle Staatsbürgerrechte für alle, die hier leben!**

Nachfolgend drucken wir das Flugblatt der Spartakist-Jugend Berlin vom 10. November 2008 ab.

* * * * *

Das selektive und rassistische kapitalistische Bildungssystem treibt wieder und wieder tausende Schüler, Studierende und Auszubildende in ganz Deutschland und weltweit auf die Straße: Demos gegen Studiengebühren in Hessen und anderswo, Proteste gegen die Wiederholung der MSA-Prüfungen (mittlerer Schulabschluss) in Berlin, Schüler- und Studierendenstreiks von Chile bis Italien. Nach mehreren Schülerstreiks in den letzten Jahren gegen die Kürzungspolitik des Berliner SPD/Linkspartei-Senats soll nun am 12. November gleich in dutzenden Städten gegen Bildungsabbau und für bessere Bildung demonstriert werden. Wir von der Spartakist-Jugend beteiligen uns an diesen und anderen Protesten gegen Sozialkahltschlag und kämpfen für deren Ausweitung. Unsere Perspektive ist, das gesamte kapitalistische System zu überwinden. Schüler und Studierende müssen zu dem Verständnis gewonnen werden, ihre Proteste mit den Kämpfen der Arbeiterklasse zu verbinden. Denn nur die Arbeiterklasse hat auf Grund ihrer Stellung im Produktionsprozess die potenzielle soziale Macht, den ganzen Kapitalismus lahmzulegen: So kann sie auch den Protesten gegen Bildungsabbau zum Sieg verhelfen. **Solidarität mit den IG-Metall-Warnstreiks und den Streiks von Lehrern und Erziehern! Für gemeinsamen Klassenkampf gegen die Angriffe des kapitalistischen SPD/LINKE-Senats!**

Die aktuelle Finanzkrise macht wieder einmal deutlich, dass das kapitalistische System einzig und allein den Interessen der herrschenden Klasse dient. Für die Milliarden, die jetzt Banken und Industrie in den Rachen geworfen werden, sollen wir alle bluten! Gerade die Kinder von denjenigen, aus deren Ausbeutung die Kapitalisten ihre Profite pressen, sind als erste vom Bildungskahltschlag betroffen. Im Kapitalismus ist das Bildungssystem ein Instrument zur Herrschaftssicherung: Es soll einerseits eine Masse gefügiger Arbeiter schaffen und andererseits die künftigen Eliten hervorbringen, die Staat und Unternehmen für das Kapital verwalten. Der Kapitalismus muss weltweit durch sozialistische Revolution gestürzt werden und die Wirtschaft unter Kontrolle von Arbeiterräten planmäßig organisiert werden. Nur auf dieser Grundlage kann es auch gute Bildung für alle geben.

Das deutsche Bildungswesen ist berüchtigt für besonders krasse soziale Selektion: Kindern von Arbeitern und Immigranten wird der Zugang zu höherer Bildung systematisch

schwergemacht. Der Kampf gegen Bildungsabbau muss sich auch gegen jegliche Benachteiligung von nicht-deutschsprachigen Schülern richten, z. B. gegen rassistischen Deutsch-Zwang auf dem Schulhof. Wir sind für das Recht auf kostenlose, professionelle Deutschkurse und für **volle Staatsbürgerrechte für alle, die hier leben**. Diskriminierende Mechanismen wie das dreigliedrige Schulsystem (neben dem Notensystem) werden durch Studiengebühren, die Schaffung von „Elite-universitäten“ usw. noch verschärft. **Weg mit dem diskriminierenden dreigliedrigen Schulsystem! Für offenen Zugang zur Universität mit einem staatlich bezahlten Stipendium, von dem man leben kann! Unis und Schulen unter die Kontrolle derjenigen, die dort arbeiten, lernen und lehren!**

Arbeiter und Jugendliche bewegen sich heute im Rahmen des sozialdemokratischen Reformismus (ob in Form von SPD oder Linkspartei), ausgedrückt in der Illusion, der bürgerliche Staat könne, unter einer „linken“ Regierung, im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung handeln. So hat die Linkspartei trotz der weit verbreiteten Wut auf den SPD/LINKE-Senat in Berlin einen gewissen Ruf als Freund der Studierenden, weil die Basis der damaligen PDS auf dem Landesparteitag 2004 die „Studienkonten“ (also Gebühren) kippte. Auch die Abschaffung der Studiengebühren in Hessen mit den Stimmen von SPD, Linkspartei und Grünen im Sommer wird benutzt, um die Illusionen in sozialdemokratische Regierungen zu bestärken. Beide Maßnahmen sind völlig mit dem Fachkräftebedarf der Kapitalisten konform. Wie Marx und Engels schon 1848 im *Kommunistischen Manifest* feststellten, ist der bürgerliche Staat „nur ein Ausschuß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisie verwaltet“. Egal, welche Partei regiert: Der Staat bleibt eine Maschine – im Kern Polizei, Armee und Gefängnisse – zur gewaltsamen Aufrechterhaltung der Herrschaft der Kapitalisten.

Das zeigt sich in Berlin: Der SPD/LINKE-Senat ist die Speerspitze bei Angriffen auf öffentlichen Dienst und Gewerkschaften. 2003 trat er aus dem Flächentarifvertrag im öffentlichen Dienst aus, um massive Lohnkürzungen und Arbeitszeitverlängerungen durchzusetzen. Die Studentenproteste 2003/2004 wurden abgebrochen, nachdem Studienkonten vom Tisch waren. Dies nutzte der Senat dann, um die Sparmaßnahmen in Form von Kürzungen in Höhe von 90 Millionen Euro für Hochschulen ohne Widerstand durchzudrücken. Beim aktuellen GEW-Streik versuchen sie, verbeamtete Lehrer als Streikbrecher einzusetzen und die Gewerkschaft kaputt zu machen. Das zeigt die Rolle von SPD und Linkspartei als **bürgerliche Arbeiterparteien**: Weil sie eine Arbeiterbasis und Einfluss in den Gewerkschaften haben, ihre Führung aber völlig dem Kapitalismus verpflichtet ist, sind sie manchmal besser geeignet, an der Regierung unpopuläre Maßnahmen für die Bourgeoisie umzusetzen. **Sieg dem Streik im öffentlichen Dienst!**

Statt die Schulen so auszustatten, dass man dort etwas lernen kann, werden diejenigen, die es am härtesten trifft – Jugendliche aus ethnischen Minderheiten –, zu Sündenböcken gemacht. Man erinnere sich an die rassistische Kampagne gegen die Rütli-Schüler. Jetzt fordert die Neuköllner SPD in ihrer „Groß-Pinnower Erklärung“ (neben hohlen Phrasen von einer „begonnenen Qualitätsoffensive“ für Bildung) mehr Staatsrepression zur „Durchsetzung der Schulpflicht“ in Regionen mit „starker Migration“! Bereits jetzt steht Privatpolizei vor Schulen im Immigrantenzugbezirk Neukölln. Polizisten sind keine „Arbeiter in Uniform“, sondern die professionellen Streikbrecher der Kapitalisten, sie führen die rassistischen Abschiebungen durch, beschützen Naziaufmärsche und greifen Schülerproteste an. **Bullen/Wachleute runter vom Schulhof! Polizei raus aus dem DGB!**

Am Wochenende 10.–12. Oktober fand in Berlin ein Schü-

Seminar der Spartakist-Jugend Berlin



Freitag, 23. Januar 2009

**Verteidigt den bürokratisch deformierten
Arbeiterstaat Kuba!**

**Für proletarische politische Revolution
gegen die stalinistische Bürokratie!**

Um 18.30 Uhr, Mehringhof, Blauer Salon,
Gneisenaustraße 2a (U-Bhf. Mehringdamm)
Lesematerial: (030) 4439400, spartakist@online.de

lerkongress u. a. zur Vorbereitung des bundesweiten Schülerstreiks statt, mit etwa 150 Teilnehmern. Dazu aufgerufen hatte das Bündnis „Bildungsblockaden einreißen!“, das von „sozialistischen“ Gruppen wie REVOLUTION (Revo) oder Sozialistische Alternative (SAV) dominiert wird. Gerade in Berlin, wo der Senat die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte immer unerträglicher macht, ist es besonders übel, dass im Kongress-Aufruf weder der Senat noch SPD oder Linkspartei auch nur erwähnt werden! Als beim Auftaktplenum Teilnehmer aus anderen Städten, wo die Linkspartei in der Opposition ist und daher leicht als Verbündete von Schülern und Studierenden posieren kann, die „Unterstützung“ der Linkspartei vor Ort lobten, waren wir die einzigen, die dagegen argumentierten. Revo und SAV boten dem Lobgesang auf die Linkspartei eine Bühne und halfen auf ihre jeweils eigene Weise dabei mit, den Schülerprotest in die impotente Strategie abzulenken, diese Partei, die seit Jahren den Kapitalismus mitverwaltet, „nach links“ zu drücken.

Die SAV ist offen am Aufbau der Linkspartei beteiligt. Bis vor kurzem nahmen sie die Kahlschlagpolitik des Berliner Senats noch als Grund, im Osten nicht in die Linkspartei einzutreten. Die Senatspolitik hat sich nicht verändert – wohl aber die Umfragewerte der Linkspartei. In einer Situation, wo sich viele Arbeiter enttäuscht von der SPD abwenden, gewinnt die Linkspartei an Bedeutung, die den Leuten Märchen von „sozialem“ Kapitalismus erzählt. Und, schwupps, trat die SAV auch im Osten ein und entlarvte damit ihre Kritik am Senat als leere Worthülsen. Revo dagegen gibt sich in Worten gerne „rrrevolutionär“, mit Kritik am Senat, Erwähnung der Arbeiterklasse und allem Drum und Dran. Aber wenn es darauf ankommt, ordnet diese „unabhängige“, „kommunistische“ Jugendgruppe all das der „Einheit der Linken“ unter, um bloß nicht ihre reformistischen Bündnispartner vor den Kopf zu stoßen. Als wir Revo und SAV dafür kritisierten, Illusionen in die Linkspartei zu schüren, unterbrach uns der Revo-Diskussionsleiter mit dem Hinweis, unsere Kritik stünde nicht auf der „Tagesordnung“ – bei einem Berliner Kongress gegen Bildungsabbau! Auch bei Wahlen unterstützt Revo treu den einen oder anderen Flügel der Sozialdemokratie: so das WASG/PDS-Bündnis bei der Bundestagswahl 2005 (nach vier Jahren SPD/PDS-Senat und als dieser gerade den BVG-Arbeitern bis zu zwölf Prozent Lohn kürzte!), oder die WASG bei der Abgeordnetenhauswahl 2006 in Berlin (als diese u. a. bessere Arbeitsbedingungen für kapitalistische Bullen forderte, was Revo kein Wort der Kritik wert war).

Es ist kein Zufall, dass ausgerechnet in den letzten 15 bis 20 Jahren der so genannte „Sozialstaat“ demontiert wurde und noch weiter wird. Mit der konterrevolutionären Zerstörung der DDR 1990 und vor allem der Sowjetunion 1991/92 hat der „Sozialstaat“ seine Schuldigkeit getan: Das ehemalige Gegengewicht zu den Errungenschaften im Sowjetblock ist in den Augen der Kapitalisten heute nichts als überflüssiger Ballast. Der deformierte Arbeiterstaat DDR und der degenerierte Arbeiterstaat Sowjetunion waren gewaltige Errungenschaften der internationalen Arbeiterklasse – trotz der stalinistischen Bürokratien, die sie kontrollierten. Ihre vergesellschaftete und geplante Wirtschaft war die Grundlage für kostenlose Bildung, Ausbildungsplätze für alle Schulabgänger, Vollbeschäftigung, keine Obdachlosigkeit, weitgehende Frauenrechte usw. „Heute, nach dem Zusammenbruch der stalinistischen Sowjetunion und der fortschreitenden



Spiegel online

12. November 2008: Schülerstreik gegen Berliner SPD/LINKE-Senat

Krise des Kapitalismus haben sich die Voraussetzungen für uns Revolutionäre verbessert“, behauptet Revo in ihrer Zeitung (24. April 2006). Tatsächlich waren die Konterrevolutionen in Osteuropa welthistorische Niederlagen für die internationale Arbeiterklasse und alle Unterdrückten. Das und die bürgerliche „Tod-des-Kommunismus“-Kampagne haben zu einem gewaltigen Rückgang im politischen Bewusstsein von Arbeitern und Jugendlichen geführt. Sie identifizieren ihre oft defensiven sozialen Kämpfe heute nicht mehr mit einem breiteren Kampf für irgendeine Art von Sozialismus. Außerdem spuckt Revo mit ihrer Haltung auf die Millionen, die durch die Wiedereinführung des Kapitalismus ins Elend gestürzt wurden – Massenarbeitslosigkeit, enormer Anstieg von Naziterror, Abbau von Frauenrechten, massiver Rückgang der Lebenserwartung in ehemaligen Sowjetrepubliken usw.

Beim Schülerkongress erklärten wir, wie die Spartakisten 1989/90 mit allen verfügbaren Kräften in der DDR intervenierten und für revolutionäre Wiedervereinigung, für ein rotes Rätedeutschland kämpften: proletarische politische Revolution zum Sturz der parasitären Bürokratie im Osten und sozialistische Revolution im kapitalistischen Westen. Grundlage dafür war unsere bedingungslose militärische Verteidigung der DDR gegen Imperialismus und kapitalistische Konterrevolution. Heute verteidigen wir die verbliebenen deformierten Arbeiterstaaten China, Nordkorea, Vietnam und Kuba gegen innere und äußere Konterrevolution und kämpfen für politische Revolution gegen die Bürokratie. Pseudo-Sozialisten wie SAV und Gruppe Arbeitermacht (Revos ehemalige Mutterpartei) unterstützen die kapitalistische Konterrevolution im Namen von „Demokratie“ – ein Deckmantel für die Herrschaft des Kapitals.

Der Kampf für ein sozialistisches System, das den Bedürfnissen aller und nicht den Profiten weniger dient, erfordert den Aufbau einer revolutionären, multiethnischen Arbeiterpartei, die für alle Unterdrückten kämpft. Dazu muss die Arbeiterbasis von SPD und Linkspartei von der sozialdemokratischen Führung gebrochen werden. Gruppen wie Revo oder SAV, die immer wieder die Wut von Arbeitern und Jugendlichen in die Sackgasse des sozialdemokratischen Reformismus lenken, sind Hindernisse auf diesem Weg. **Für eine Klassenkampf-Perspektive gegen Bildungsabbau und Sozialraub! Für kostenlose Bildung für alle auf höchstem Niveau! Schließt euch der Spartakist-Jugend an!** ■

Rassistisches Schandurteil: Oury Jalloh verbrannt, Freispruch für Polizei



Oury Jalloh. Rechts: Demonstration (Januar 2007) vor dem Dessauer Polizeirevier, in dem Jalloh gefesselt verbrannte

JALLOH

Vor vier Jahren, am 7. Januar 2005, verbrannte der aus Sierra Leone stammende Flüchtling Oury Jalloh bei lebendigem Leib, gefesselt an Händen und Füßen, in einer Polizeizelle in Dessau. Am 8. Dezember 2008 wurden die beiden damals anwesenden Polizisten vom Landgericht Dessau-Roßlau von den ohnehin äußerst geringen Anklagen der Körperverletzung mit Todesfolge und fahrlässigen Tötung freigesprochen. Sogar der Richter beschwerte sich über widersprüchliche Aussagen von Polizisten im Zeugenstand. Das Urteil markiert den empörenden Schlusspunkt in einem Farce-Prozess, der seit seinem Beginn zwei Jahre nach Jallohs Tod offensichtlich dem Hauptzweck diente, die Wahrheit zu vertuschen und die rassistische Polizei zu schützen. Der Richter verwandelte die Anhörung in einen Prozess *gegen das Opfer* und traktierte einen schwarzen Zeugen mit Fragen, in denen er Jalloh Alkoholismus und Kriminalität vorwarf. Die Freunde und Unterstützer Jallohs

wurden von der Polizei schikaniert und wegen „Verleumdung“ rechtlich verfolgt, weil sie den sich aufdrängenden Verdacht aussprachen, dass die Polizisten Jalloh umgebracht hätten.

Dieses Urteil bedeutet eine Ermunterung zu rassistischem Polizeiterror und soll die multiethnische Arbeiterklasse und *alle* Unterdrückten einschüchtern. Es zeigt noch mal ganz brutal, dass der bürgerliche Staat nicht neutral ist, sondern das besondere Werkzeug der Kapitalistenklasse, um die Arbeiterklasse und Unterdrückten niederzuhalten. Diese grundlegende Wahrheit – entgegen den heuchlerischen Bekehrungen der bürgerlichen und sozialdemokratischen Politiker von „Rechtsstaatlichkeit“ – müssen diejenigen begreifen, die mit diesem rassistischen System Schluss machen wollen. Wir bewahren Oury Jalloh in Erinnerung. Arbeiterrevolution wird ihn und die anderen Opfer des Vierten Reichs rächen! ■

Marco del'Pra

Freiheit für Mumia! Weg mit der rassistischen Todesstrafe!

Mumia Abu-Jamal, MOVE-Unterstützer, ehemaliger Black Panther und wortgewandter Journalist, wurde aufgrund abgekarteter Anklagen verurteilt und sitzt seit 1982 unschuldig in der Todeszelle in den USA.

Finanzielle Unterstützung für die rechtliche Verteidigung wird sehr dringend gebraucht!

Spendet noch heute an „National Lawyers Guild Foundation“ (Stichwort „Mumia“), per Adresse: Committee to Save Mumia Abu-Jamal, P.O. Box 2012, New York, NY 10159. Oder überweist an: Werner Brand, Commerzbank Berlin, Konto-Nr. 590 109 500, BLZ 100 400 00, Stichwort „Mumia-Rechtsverteidigung“. Spenden an das Komitee für soziale Verteidigung (KfsV), die mit „Mumia-Rechtsverteidigung“ gekennzeichnet sind, sowie Sammlungen des KfsV für Mumias rechtliche Verteidigung, werden quittiert und ohne Abzüge an das NLGF-Konto geschickt, das von Mumias Rechtsanwalt zu diesem Zweck bestimmt wurde.

Organisiert Protestaktionen!

Verabschiedet Anträge mit der Forderung nach Mumias Freiheit in euren Gewerkschaften, Unis oder sonstigen Organisationen. Setzt euch dafür ein, dass eure Gewerkschaft oder Organisation spendet und sich an Demonstrationen und Protesten für Mumia beteiligt. Macht Mumias Fall bekannt, veröffentlicht ihn in Publikationen eurer Gewerkschaft oder anderer Organisationen.

Macht den Fall überall bekannt!

Bestellt die KfsV-Broschüre für € 1,-. Bestellt auch anderes Material: den PDC-Button mit der Aufschrift: „Free Mumia Abu-Jamal! Abolish the Racist Death Penalty!“, € 1,- je Button; das PDC-Video (als VHS oder DVD auf Englisch oder Deutsch) *From Death Row, This Is Mumia Abu-Jamal* für € 5,-. Verbreitet das vierseitige Flugblatt *Freiheit für Mumia*, für € 2,- bekommt ihr 25 Exemplare (auch als PDF-Datei in sechs Sprachen auf www.partisandefense.org). Das PDC-Faktenblatt „Große Lüge im Dienste des staatlichen Lynchmordes“ ist erhältlich auf Deutsch (€ 0,20/Stück, € 5,-/30 Stück), Englisch und Französisch (€ 0,50/Stück, € 10,-/30 Stück).

Komitee für soziale Verteidigung KfsV
Verteidigung von Leben und Anliegen in Gegenwart der arbeitenden Massen
Dezember 2008

Der Kampf für die Freiheit von Mumia Abu-Jamal

Mumia ist unschuldig!

Entstehung eines Konzeptes:

Rede von Rainer Winkelmann	30	Gesamtbild Entstehung von	10
Lebendige Präsentation von	30	Entstehung von	10
Arbeitsblätter	40	Entstehung von	10
Entstehung von	40	Entstehung von	10
Entstehung von	40	Entstehung von	10

KfsV, c/o Werner Brand, Postfach 21 07 50, 10507 Berlin
Telefon: (0 30) 4 43 94 01, Fax: (0 30) 4 43 94 02
E-Mail: kfsv@online.de www.partisandefense.org

Bankverbindung: Werner Brand,
Commerzbank Berlin,
Konto-Nr. 590 109 500, BLZ 100 400 00

Amerikanische Trotzlisten sagen: Brecht mit der kapitalistischen Demokratischen Partei! Für eine revolutionäre Arbeiterpartei!



Obama: Oberbefehlshaber des rassistischen US-Imperialismus

Besuch im Weißen Haus, November 2008. Ob Bush oder Obama, imperialistischer Krieg und Krise gehen weiter

Im Folgenden drucken wir einen Artikel aus *Workers Vanguard* Nr. 925, 21. November 2008, Zeitung der *Spartacist League/U.S.* ab.

Die Wahl Barack Obamas zum ersten schwarzen Präsidenten der Vereinigten Staaten hat große Erwartungen bei den Werktätigen und Unterdrückten auf der ganzen Welt geweckt. Schwarze und Nichtschwarze feierten auf den Straßen im ganzen Land die Wahl des nächsten Oberbefehlshabers des blutigen US-Imperialismus. Michelle Obama, Nachfahrin von Sklaven, wird First Lady sein in einem Weißen Haus, dessen Fundamente durch Sklavenarbeit errichtet wurden. Dass sie dies einmal erleben würden, hatten die meisten Amerikaner nie erwartet. Inmitten von Ängsten vor einer neuen Großen Depression, während Millionen von Werktätigen ihre Häuser verlieren und die Arbeitslosigkeit zunimmt, gelten die Hoffnungen auf eine „Wende“ der neugewählten demokratischen Obama-Regierung. Diese Hoffnungen werden brutal zerschlagen werden.

Als Amerikas nächster Oberbulle wird Obama dem rassistischen kapitalistischen System vorstehen, welches auf der Ausbeutung der Werktätigen im eigenen Land und im Ausland basiert. Im Gegensatz zu den Reformisten, die Obama entweder ausdrücklich oder stillschweigend unterstützen, kämpfen wir Marxisten darum, die arbeitenden Menschen und die Unterdrückten von den Illusionen in die kapitalistische Demokratische Partei von Krieg und Rassismus loszulösen. Aus Prinzip stimmen wir nicht für kapitalistische Politiker – seien es Demokraten, Republikaner, Grüne oder „Unabhängige“ – oder unterstützen sie sonst

politisch. Wie der Titel von *Workers Vanguard* Nr. 923 (24. Oktober 2008) betonte: „McCain, Obama: Klassenfeinde von Arbeitern, Schwarzen, Unterdrückten“.

Wir Marxisten kandidieren auch nicht bei Wahlen für die Exekutivämter des bürgerlichen Staates wie Bürgermeister, Gouverneur oder Präsident. Dies liegt in unserem Verständnis begründet, dass der kapitalistische Staat – der in seinem Kern aus den Bullen, dem Militär, den Gerichten und den Gefängnissen besteht – dazu da ist, die Klassenherrschaft und die Profite der Bourgeoisie zu verteidigen. Ein Exekutivamt zu bekleiden bedeutet, den kapitalistischen Staat zu verwalten. Unser Ziel ist die Schmiedung einer revolutionären Arbeiterpartei, die die multirassistische Arbeiterklasse und hinter ihr alle Unterdrückten führt, im Kampf zum Sturz der kapitalistischen Ordnung durch Arbeiterrevolution und zur Errichtung eines Arbeiterstaats, in dem diejenigen, die arbeiten, herrschen.

Sofort nach seinem Wahlsieg suchte Obama Erwartungen an seine Regierung zu dämpfen. Er verdeutlichte seine Agenda eines Patriotismus der „nationalen Einheit“, als er in der Wahlnacht vor 250 000 Menschen in Chicago, die seinen Sieg feierten, die Notwendigkeit „eines neuen Opfergeistes“ beschwor. Damit tritt Obama in die Fußstapfen der schwarzen Demokraten, die als Bürgermeister und Polizeichefs größerer Städte eingesetzt wurden – von Los Angeles bis Chicago, Detroit, Philadelphia und anderswo. Ihre Aufgabe war es, *die Werktätigen und die Schwarzen niederzuhalten*, Aufseher über ungezögerten Bullenterror zu sein und den Abbau von Sozialleistungen umzusetzen; ihr

Wert für die rassistischen Herrscher wird auf den Punkt gebracht durch die Äußerung des schwarzen ehemaligen New Yorker Oberbürgermeisters David Dinkins: „Wenn es von mir kommt, werden sie es schlucken.“ Während die USA in eine tiefe Wirtschaftsrezession eintreten, wird es Obamas Aufgabe sein, mögliche soziale Unruhen einzudämmen und den Werktätigen massive Kürzungsmaßnahmen zu verordnen – und bei seiner gegenwärtigen Popularität kann es gut sein, dass er mit einem Großteil davon durchkommt.

Mit kühler „überparteilicher“ Arroganz – unter Einsatz seiner eigenen 660-Millionen-Dollar-Wahlkampagne, die von bedeutenden Teilen der Bourgeoisie unterstützt wurde – macht Obama die Unterdrückten für ihre eigene Unterdrückung verantwortlich. In seiner Chicagoer Siegesansprache erklärte Obama: „Falls heute immer noch jemand ... die Kraft unserer Demokratie infrage stellt – der heutige Abend war eure Antwort.“ Eine ähnliche Botschaft kam von McCain in seiner Rede zum Eingeständnis seiner Wahlniederlage, der freiheraus erklärte: „Kein Amerikaner soll jetzt mehr einen Grund haben, seine Staatsangehörigkeit nicht wertzuschätzen.“ Wie wir in „Obama Offers Facelift for U.S. Imperialism“ [Obama bietet dem US-Imperialismus eine Schönheitsoperation] (WV Nr. 920, 12. September) warnen: „Obama dient der Bourgeoisie als sehr wirksame Propagandawaffe, indem er den Schwarzen und Unterdrückten sagt, sie sollen den Mund halten und mit dem Gejammere aufhören, denn, wie man sieht, funktioniert der ‚Amerikanische Traum‘!“

Vom Standpunkt der internationalen Arbeiterklasse und der Unterdrückten aus gesehen gibt es an Obamas Wahlsieg *nichts zu feiern* und viel zu befürchten. Die Begeisterung bei großen Teilen der Bourgeoisie ist hingegen gerechtfertigt. Nach fast acht Jahren eines der inkompetentesten und meistverachteten Regime der US-Geschichte haben sie jetzt in Obama ein rationaleres Gesicht für ihr brutales, irrationales System. Obama hat auch Illusionen in das Drum und Dran der bürgerlichen Demokratie geweckt, das Mittel, mit dem die Kapitalisten ihre Herrschaft durch den Schein eines Auftrags der Bevölkerung verschleiern. Nach außen hin verschafft Obama dem US-Imperialismus, dem Hauptfeind der arbeitenden Menschen der Welt, eine äußerst wertvolle Schönheitsoperation.

Obama ruft zum Rückzug von „Kampftruppen“ aus dem Irak auf (unter Beibehaltung einer „Reststreitmacht“), um

mindestens weitere 10000 Soldaten nach Afghanistan zur Unterstützung dieser mörderischen Besetzung umzugruppieren. Er hat sich auf weitere Machenschaften gegen Pakistan festgelegt, einschließlich militärischer Übergriffe auf dieses Land. In seiner Rede vom 24. Juli in Berlin vor einer gewaltigen Menschenmenge beschwor er zur Begründung der Interessen des US-Imperialismus, nicht zuletzt der Wiederherstellung kapitalistischer Herrschaft in China, den antisowjetischen Kalten Krieg. Er ist ein entschiedener Verfechter des „Kriegs gegen den Terror“, einschließlich Abhöraktionen ohne richterliche Vollmacht und der Verlängerung des USA Patriot Acts. Seinem inneren Kreis gehören Kriegsverbrecher der Carter- und Clinton-Ära an, wie Zbigniew Brzezinski und Madeleine Albright, und auch entschiedene Unterstützer des zionistischen Israels, wie der designierte Vizepräsident Joe Biden und Rahm Emanuel, der als neuer Stabschef im Weißen Haus vorgesehen ist. Obama überlegt sich, einen gewissen John O. Brennan, der zu den Schöpfern der gegenwärtigen CIA-Internierungs- und Folterpraktiken gehört, zum US-Geheimdienstkoordinator oder zum Chef der CIA zu machen. Brennan verteidigte die Praxis der „Überstellung Terrorverdächtiger“ in andere Staaten ohne juristische Grundlage durch die Regierung in einem Interview vom Dezember 2005 in *The News-Hour with Jim Lehrer* und nannte sie ein „absolut unverzichtbares Mittel“.

Wir sagen, von Afghanistan bis Irak und Guantanamo: **Freiheit für alle Inhaftierten!** Als revolutionäre Widersacher des US-Imperialismus traten wir im Vorfeld der Invasionen des US-Imperialismus in Afghanistan und in den Irak für die militärische Verteidigung dieser beiden Länder ein, während wir gleichzeitig die reaktionären Taliban und Saddam Husseins brutales kapitalistisches Regime politisch bekämpften. Wir riefen auf zu Klassenkampf gegen die kapitalistischen Herrscher im eigenen Land. Wir sind für die *Niederlage* der US-Streitkräfte; jeder Rückschlag für sie hilft den Kämpfen der Werktätigen und Unterdrückten weltweit. Wir fordern den *sofortigen und bedingungslosen Rückzug aller US-Truppen und -Stützpunkte aus dem Irak, aus Afghanistan und Zentralasien! USA, Hände weg von Pakistan und dem Iran!* Im Gegensatz zur reformistischen Linken, die sich nach ihrer „eigenen“ Bourgeoisie ausrichtet, kämpfen wir für die *bedingungslose militärische Verteidigung jener Staaten, in denen der Kapitalismus gestürzt worden ist: China, Kuba, Vietnam, Nordkorea.*

Im eigenen Land haben es die Werktätigen mit einer drückenden Verschuldung und mit Massenentlassungen zu tun. Und die Bourgeoisie hat für die gegenwärtige Wirtschaftskrise und die unausweichlichen Zyklen von Hochkonjunktur und Rezession des Kapitalismus keine Lösung. Während die Autoverkäufe einbrechen, gaben General Motors und Ford kürzlich bekannt, dass sie im Verlauf der letzten drei Monate über 2 Milliarden Dollar monatlich verbrannt haben; GM sagte, ihnen könnten zum Jahresende die zur Finanzierung ihres Geschäfts nötigen Mittel ausgehen. Selbst wenn ein Bankrott durch Staatszuschüsse abgewendet – oder aufgeschoben – wird, wie es einige Demokraten fordern, stehen den Autoarbeitern Massenentlassungen, Lohnkürzungen und ein umfassender Angriff auf Rentenleistungen und Gesundheitsvorsorge bevor.

Inzwischen haben sich angesichts der weltweiten Wirtschaftskrise Obama und die Demokraten den Plan der Bush-Regierung zur Überweisung von 700 Milliarden Dollar Steuergeldern an Banken und andere Finanzinstitute (mit nur geringfügigen Veränderungen) zu eigen gemacht. Bisher hat diese gigantische Rettungsaktion wenig dazu beigetragen, die Kreditmärkte aufzutauen. Letzte Woche gab das Finanzministerium bekannt, dass die Banken, obgleich bereits etwa 290 Milliarden Dollar von dieser Summe

WORKERS VANGUARD

Union Tops Bare Union's Throat—
Democrats, Republicans Wield Knife

**Bosses Declare War
on UAW Workers**

**We Need a Planned
Socialist Economy!**

Abonniere jetzt!

Workers Vanguard
zweiwöchentliche
Zeitung der
Spartacist League/U.S.

22 Ausgaben inkl.
Spartacist (englische
Ausgabe) und
Black History

Luftpost € 25,—
Seepost € 10,—

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 23555
10127 Berlin

Konto 11988-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 10060
BIC PBNKDEFF
IBAN DE1150010060
0011988601

verteilt worden sind, immer noch nicht bereit sind, Kredite an Konsumenten zu vergeben. Obama will die Verluste der Bourgeoisie auf dem Rücken der arbeitenden Menschen vergesellschaften, während er den Ausbeutern dabei hilft, sich die Profite selbst anzueignen.

Unsere Klassengegenschafft gegenüber allen bürgerlichen Kandidaten – und gegenüber bürgerlicher Wahlpolitik – basiert auf dem marxistischen Verständnis, dass die kapitalistische Gesellschaft in zwei grundlegende Klassen gespalten ist, die Bourgeoisie und das Proletariat, deren Interessen nicht miteinander in Einklang gebracht werden können. Die Arbeiterschaft braucht eine kämpfende Führung, die die Macht der multirassischen Arbeiterklasse entfesselt, im Kampf für die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und auch für die Rechte der Schwarzen, zur Verteidigung von Immigranten und in Opposition zum US-Imperialismus. Doch die Gewerkschaftsbürokratie beider Gewerkschaftsverbände, sowohl der AFL-CIO als auch von Change to Win, propagiert die Politik des „kleineren Übels“ der Demokratischen Partei und spendete etwa 450 Millionen Dollar an Gewerkschaftsbeiträgen für die Wahlen von 2008, anstatt eine zur Verteidigung der Arbeiterinteressen notwendige Kriegskasse anzulegen. Statt Klassenkampf und internationale Arbeiterklassensolidarität voranzutreiben, werben die Gewerkschaftsspitzen für chauvinistischen „Amerikazuerst“-Patriotismus und Protektionismus. Sie propagieren die Lüge, dass nicht die kapitalistischen US-Herrscher, sondern die Werktätigen im Ausland die Feinde des amerikanischen Proletariats seien.

Klasse und Rasse im kapitalistischen Amerika

Die USA sind ein Land, das historisch durch die Sklaverei definiert ist, eine Einrichtung, die erst im Bürgerkrieg durch Blut und Eisen zer schlagen wurde. Es ist ein Land, das einer massenhaften Bürgerrechtsbewegung bedurfte, die viele schwarze und weiße Märtyrer zu beklagen hatte, bevor die Jim-Crow-Rassentrennung im Süden schließlich niedergekämpft war. Der Stolz unter den Schwarzen über die Wahl Obamas ist, wie auch immer seine wirkliche Politik aussehen mag, ein Vermächtnis dieser Geschichte von Unterdrückung und erzwungener Ausgrenzung vom „politischen Leben“.

Doch die Lage der schwarzen Massen heute, insbesondere derer in den Ghettos, ist gekennzeichnet von hoffnungsloser Armut, Polizeigewalt, Masseninhaftierung. Der Mythos vom „Ende des Rassismus“ der Obama-Wahlkampagne ist ein grausamer Schwindel, wie auch Obamas Erklärung, die Bürgerrechtsbewegung habe Amerika „90 Prozent des Weges“ in Richtung Rassengleichheit gebracht. Wie wir in unserem ersten Artikel über Obamas Kandidatur vor fast einem Jahr, „The Obama Campaign and the ‚End of Racism‘ Myth“ [Die Obama-Wahlkampagne und der Mythos vom „Ende des Rassismus“] (WV Nr. 906, 18. Januar), betonten:

„Unterdrückung der Schwarzen bleibt weiterhin das zentrale Bestimmungsmerkmal der US-Gesellschaft. Sie ist im amerikanischen Kapitalismus *materiell verwurzelt* und ist für ihn von zentraler Bedeutung. Im Gegensatz sowohl zu liberalen Integrationsbefürwortern als auch zu schwarzen Nationalisten basiert unser Kampf auf dem Pro-



Fotos: AP

Oben: Schlange vor New Yorker Jobbörse – Arbeitslosigkeit schießt in die Höhe. Unten: US-Marines stürmen ein Haus in Afghanistan, Juli 2008



gramm des *revolutionären Integrationismus*. Während wir uns jeglicher Erscheinungsform rassistischer Unterdrückung widersetzen, indem wir insbesondere für die Mobilisierung der sozialen Macht der multirassischen Arbeiterbewegung kämpfen, betonen wir gleichzeitig, dass es zur Erlangung voller Gleichheit für die schwarzen Massen erforderlich ist, dass die Arbeiterklasse den kapitalistischen Herrschern die Wirtschaft entreißt und sie auf sozialistischer Grundlage neu organisiert. Nur dann wird es möglich sein, die materiellen Wurzeln der Unterdrückung der Schwarzen zu beseitigen – durch Integration der Schwarzen in eine egalitäre sozialistische Gesellschaft auf der Grundlage einer kollektivierten Wirtschaft mit Arbeitsplätzen und hochwertigen Wohnungen, Gesundheitsversorgung und Ausbildung für alle.“

Wie die Beispiele von Colin Powell und Condoleezza Rice auch zeigen, gibt es inzwischen eine große Klassenklüft zwischen den kleinbürgerlichen schwarzen Angestellten und Freiberuflern, die die Hauptnutznießer der von Liberalen geführten Bürgerrechtsbewegung waren, und der Masse von schwarzen Arbeitern und den Armen der Ghettos. Doch schwarzer Präsident hin oder her, Amerika ist Amerika – rassistisch, brutal, gewalttätig. Während Obamas Wahnacht-



Philadelphia, 19. April 2008: Banner der Spartacist League/U.S. bei Demo für die Freiheit von Mumia Abu-Jamal

feier im Grant Park abließ, drangsalierten Chicagoer Bullen schwarze Bewohner, die seinen Wahlsieg bejubelten. In jener Nacht wurde in Staten Island, New York, ein 17-jähriger schwarzer Jugendlicher von Rassisten jagt und geschlagen, die ihm „Obama!“ nachbrüllten. Vier Tage nach den Wahlen wurde der ecuadorianische Immigrant Marcello Lucero in der Nähe des Bahnhofs von Patchogue, Long Island, von einer Bande rassistischer Teenager erstochen, die Berichten zufolge auf der Suche nach einem Latino, den sie angreifen konnten, herumfuhren.

Unter der Maske eines einigenden Überwinders der „Kulturkriege“ sind Obamas Ansichten zu vielen Fragen nur um Haaresbreite verschieden von denen solch strammer Reaktionäre wie Joe Lieberman (und mit dem Haar können wir uns auch täuschen). Obama ist gegen die Schwulenehe. Er ist ein Verfechter der rassistischen Todesstrafe, ein Vermächtnis der Sklaverei in den USA. Vergangenen Juli erklärte Obama seine ablehnende Haltung gegenüber Ausnahmen vom Verbot von „Spätabtreibungen“ bei psychisch Kranken mit der bevormundenden Bemerkung, die Begründung einer Frau für eine Abtreibung könne nicht „einfach nur die Frage sein, dass man deprimiert ist“.

Die Obamamania der Reformisten

Die reformistische Linke mit ihrem Slogan „Jeder, nur nicht Bush“ waren außer sich vor Freude über Obamas Wahl. Im Gegensatz zu politischer Unabhängigkeit der Arbeiterklasse von den kapitalistischen Herrschern propagieren sie die Zusammenarbeit mit dem bürgerlichen Feind als einen Weg nach vorn. *Workers World* (14. November) erklärte: „Der Wahlsieg Barack Obamas wird in die Geschichte eingehen als triumphaler Schritt vorwärts im Kampf gegen Rassismus und nationale Unterdrückung in den USA.“ Dem ging ein Artikel vom 6. November voraus, in dem der Führer der Workers World Party, Larry Holmes, über das „Hochgefühl“ und das „Gefühl von Befreiung“ faselte, das durch Obamas Sieg freigesetzt werde, und in dem er es nicht einmal wagte, ihre Unterstützung für die Kandidatin der kapitalistischen Grünen Partei Cynthia McKinney zu erwähnen (deren Wahlkampagne, wie wir sagten, eine Flankendeckung für die Demokraten war). Laut Holmes „war die Gefühlslage auf den Straßen in der

Wahlkampf in den Städten, ob groß oder klein, überall in den USA so, dass jetzt alles möglich ist, und das ist es auch“. Dann also „yes we can“ (Ja, wir schaffen es) – unter dem Kapitalismus.

Die International Socialist Organization (ISO) gab eine Wahlkampfparty in Harlem, um „das Ende von viel zu vielen Jahren republikanischer Herrschaft zu feiern“ und zu diskutieren: „Was können Aktivisten tun, um ihre Forderungen bei der nächsten Regierung einzubringen?“ Der *Socialist Worker* der ISO (7. November) schwärmte, liberale Modeworte nachäffend, dass Obamas Sieg „transformativ“ wirke. Während die ISO einräumt, dass viele von Obamas Ansichten „auf eine große Kluft zwischen den Hoffnungen und Erwartungen von Obamas Wählern und dem zurückhaltenden, gemäßigten Programm, das er vorgelegt hat“, hinweisen, frohlockt sie: „Das soll keinesfalls heißen, dass kein Wandel möglich

ist. Mehrere zehn Millionen Menschen wollen eine neue Richtung. Die Frage ist, ob sie mobilisiert werden können, dafür zu kämpfen.“

Was die exzentrische stalinistisch-reformistische Progressive Labor Party (PL) angeht, so schrieb sie in ihrer Zeitung *Challenge* (10. November), dass Obama ein kapitalistischer Politiker ist, und bemerkte, dass PLs „Entlarvung und Ablehnung Obamas und der herrschenden Klasse, der er dient, zunächst nicht ‚populär‘ sein mag“. Doch Taten sagen mehr als Worte: Wie wir bereits früher berichteten, erklärte die PL öffentlich, sie würde „sich aktiv an Obamas Wahlkampf beteiligen“ (*Challenge*, 26. März). Ein „Red Registrar“ [Roter Wahlregistrierungshelfer] brüstete sich sogar in einem Brief an *Challenge* (4. Oktober), der ohne Kommentar abgedruckt wurde: „Ich half bei einer Wahlregistrierungskampagne in meinem Viertel aus, die ich über BarackObama.com entdeckt hatte“! Diese Reformisten verewigen tödliche Illusionen, diese Regierung der Kapitalisten, von Kapitalisten eingerichtet für die Kapitalisten, könne dazu gebracht werden, „dem Volk“ zu dienen.

Unser ganzes Handeln ist darauf ausgerichtet, die zur Ergreifung der Staatsmacht notwendige proletarische Avantgardepartei zu schmieden, auszubilden und zu stählen. Im Gegensatz dazu besteht die Politik der Reformisten in oppositionellen Aktivitäten, die völlig durch den Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft bestimmt sind. Dies wurde von dem bolschewistischen Führer Leo Trotzki in seinem Werk *Lehren des Oktober* (1924) scharfzünftig charakterisiert „als eine Erziehung der Massen im Geiste der Anerkennung der Unerschütterlichkeit des bürgerlichen Staates“.

Wir vertreten das, was Trotzki in *Der Todeskampf des Kapitalismus und die Aufgaben der Vierten Internationale* (auch bekannt als das Übergangsprogramm) schrieb, dem grundlegenden programmatischen Dokument, das 1938 bei der Gründungskonferenz der Vierten Internationale, Weltpartei der sozialistischen Revolution, angenommen wurde. Wie Trotzki schreibt, sagt die Vierte Internationale „allen an den Rockschoßen der Bourgeoisie hängenden politischen Gruppen den unversöhnlichen Kampf an. Ihre Aufgabe ist es, die Herrschaft des Kapitals zu stürzen. Ihr Ziel ist der Sozialismus. Ihre Methode ist die proletarische Revolution.“■

Vor 70 Jahren: Gründung von Trotzki's Vierter Internationale



Gründung der IV. Internationale auf dem Weltkongress 1938 wurde angekündigt in *Quatrième Internationale* in Frankreich, im russischen *Bulletin der Opposition (Bolschewiki-Leninisten)*, dem *Socialist Appeal* in den USA und in der Zeitung der deutschen Trotzkiisten, *Unser Wort*, die damals im Exil in Belgien herausgegeben wurde

Am 3. September 2008 war der 70. Jahrestag der Gründung der Vierten Internationale, Weltpartei der sozialistischen Revolution. Die Gründung der Vierten Internationale war der Höhepunkt des von Leo Trotzki geführten Kampfes, das Programm des Bolschewismus (d. h. des wirklichen Marxismus) zu verteidigen. Nachfolgend veröffentlichten wir den Artikel „Ein großer Erfolg“ von Trotzki, neben W.I. Lenin Führer der bolschewistischen Revolution von 1917, in dem er die Gründung der Vierten Internationale verkündet. Der Text erschien zuerst in englischer Sprache in der Ausgabe der *New International* vom Oktober 1938. Die deutsche Fassung, die hier nachgedruckt wird, erschien in der Ausgabe von *Unser Wort* von Mitte Dezember 1938. Einige Auslassungen wurden von uns anhand der englischen Version in eckigen Klammern ergänzt.

Trotzki spielte neben Lenin und anderen bolschewistischen Führern eine wesentliche Rolle bei der Gründung der Dritten (Kommunistischen) Internationale. Der Erste Weltkrieg legte den kompletten Bankrott der Zweiten Internationale bloß, deren Sektionen – mit solch bemerkenswerten Ausnahmen wie der russischen, serbischen und bulgarischen – den Marxismus verrieten, indem sie ihre eigenen Bourgeoisien im Krieg unterstützten. Der Oktoberrevolution wurde mit einem blutigen Bürgerkrieg begegnet, in dem die Kräfte der Konterrevolution mit 14 kapitalistischen Invasionsmächten verbündet waren. Trotzki führte die Rote Armee im Bürgerkrieg zum Sieg. Doch der sowjetische Arbeiterstaat wurde ausgeblutet; viele seiner besten proletarischen Kämpfer fielen im Kampf zur Verteidigung der Revolution. Ende 1923 waren die Bolschewiki mit dem Scheitern der sozialistischen Revolutionen im Westen, besonders in Deutschland, konfrontiert. Unter diesen düsteren Umständen entstand eine konservative, nationalistische bürokratische Kaste, die 1923/24 in der Sowjetunion eine

politische Konterrevolution bewirkte und ihre Macht konsolidierte.

Entgegen dem Ende 1924 verkündeten stalinistischen Dogma vom „Sozialismus in einem Lande“, welches das Programm des revolutionären Kampfes des Proletariats vernichtete, kämpften Trotzki und die Linke Opposition für leninistischen Internationalismus. Als Vergeltung sollte eine Reihe stalinistischer bürokratischer Maßnahmen 1928 zu Trotzki's Exil in Alma-Ata (heute Almaty) und 1929 zu seiner Verbannung aus der Sowjetunion führen.

Während des Sechsten Weltkongresses der Komintern 1928 in Moskau jedoch lasen der US-amerikanische Delegierte James P. Cannon und der kanadische Delegierte Maurice Spector Kopien von Trotzki's Kritik des für diesen Kongress geschriebenen Programmentwurfes. Diese Kritik erschien später als *Die Kommunistische Internationale nach Lenin*. Sie war eine scharfe Verurteilung nicht nur der Politik der stalinistischen Bürokratie innerhalb der UdSSR, sondern auch ihrer desaströsen internationalen Politik. Insbesondere behandelte sie die Lehren der Chinesischen Revolution von 1925–27, wo die Strategie von Stalin & Co. darin bestand, die Kommunistische Partei Chinas in die bürgerlich-nationalistische Guomindang zu liquidieren, was wiederum zum Abschachten tausender Kommunisten und Gewerkschafter führte.

Trotzki's Kritik überzeugte Cannon und seine Verbündeten, sich der Linken Opposition anzuschließen. Dafür wurden sie im Oktober 1928 aus der Kommunistischen Partei der USA ausgeschlossen. Die direkte Folge von „Sozialismus in einem Lande“ war die Umwandlung der Komintern von einem Instrument der Weltrevolution in ein Instrument der nationalistischen Politik der stalinistischen Bürokratie im Kreml. Die Internationale Linke Opposition wurde 1930 gegründet, um der Dritten Internationale durch einen Frak-

tionskampf wieder ihren revolutionären Zweck zurückzugeben. Doch 1933 konnte Stalins Komintern selbst vom „Donnerschlag des Faschismus“, wie Trotzki es nannte, nicht wiedererweckt werden – dem Sieg von Hitlers Nazis, ohne dass von der mächtigen prosozialistischen deutschen Arbeiterbewegung auch nur ein Schuss abgefeuert worden wäre.

Als diese Katastrophe in den Reihen der Dritten Internationale keinen Sturm der Empörung oder zumindest erheblichen Widerspruch auslöste, schloss Trotzki daraus, dass sich dieses Gebilde als Kraft der Revolution als vollkommen tot erwiesen hatte. Er rief zur Gründung einer neuen, Vierten Internationale auf. Die Dritte Internationale schrieb 1935 auf ihrem VII. Kongress mit der „Volksfront“-Strategie explizit ein Programm der Klassenzusammenarbeit fest. Die stalinisierte Komintern spielte in der Folge eine aggressive konterrevolutionäre Rolle im Spanischen Bürgerkrieg, wo sie revolutionäre Kämpfer abschlachtete, um die „demokratischen“ Imperialisten zu beschwichtigen und eine proletarische Revolution in Spanien abzuwenden.

Die Gründungskonferenz der Vierten Internationale wurde am Vorabend des Zweiten Weltkriegs im französischen Périgny abgehalten, als die trotzkistische Bewegung weltweit mörderischer Unterdrückung ausgesetzt war – durch jede Art von kapitalistischen Regimen (faschistisch bis bürgerlich-demokratisch) und durch die Stalinisten. Die Konferenz nahm als grundlegendes programmatisches Dokument Trotzki's „Der Todeskampf des Kapitalismus und die Aufgaben der Vierten Internationale“ an, das allgemein als das „Übergangsprogramm“ bekannt ist. Trotzki hielt die Gründung der Vierten Internationale für das wichtigste Werk seines politischen Lebens. 1935 schrieb er (abgedruckt in Trotzki, *Tagebuch im Exil*):

„Wäre ich 1917 nicht in Petersburg gewesen, so würde die Oktoberrevolution dennoch ausgebrochen sein – unter der Voraussetzung, dass Lenin anwesend gewesen wäre und die Führung übernommen hätte... Dasselbe lässt sich im großen und ganzen vom Bürgerkrieg behaupten... Dagegen ist meine gegenwärtige Arbeit im wahren Sinne des Wortes ‚unersetzlich‘. Dieser Gedanke enthält auch nicht die Spur von Hochmut: Der Zusammenbruch zweier Internationalen hat ein Problem entstehen lassen, zu dessen Lösung kein einziger Führer dieser Internationalen auch nur im Geringsten geeignet ist.“

Die schmutzige Tat eines stalinistischen Attentäters sollte 1940 diesen großen Revolutionär endgültig zum Schweigen bringen. Doch sie konnte nicht die gewaltige Leistung seiner revolutionären Arbeit, einschließlich der Gründung der Vierten Internationale, ausmerzen. In der Tat führte Trotzki seinen letzten Kampf gegen eine kleinbürgerliche Minderheit in der damals trotzkistischen Socialist Workers Party (SWP – Sozialistische Arbeiterpartei in den USA), die bei Anbruch des Zweiten Weltkriegs das Programm der bedingungslosen militärischen Verteidigung des degenerierten Arbeiterstaates Sowjetunion über Bord werfen wollte.

Im Gegensatz zur Zweiten und Dritten Internationale beging die Vierte Internationale niemals Verrat; sie wurde in den frühen 50er-Jahren von den liquidatorischen Kräften unter der Führung von Michel Pablo zerstört. Konfrontiert mit dem aufkommenden imperialistischen Kalten Krieg und der Entstehung von deformierten Arbeiterstaaten unter stalinistischer Herrschaft in Ost- und Mitteleuropa verneinten die Pabloisten die Notwendigkeit einer trotzkistischen Avantgarde. Die Pabloisten wandten sich den Stalinisten, den Sozialdemokraten und letztlich den Dritte-Welt-Nationalisten zu und argumentierten, diese könnten dazu gedrängt werden, einen „annähernd“ revolutionären Kurs zu fahren. Der Kampf gegen den Pabloismus in der Vierten Internationale wurde von Cannon geführt, wenn auch nur teilweise, verspätet und auf dem eigenen nationalen Terrain der SWP.

Die SWP sollte später einen ganz anderen Kurs einschlagen, nämlich das Streben nach „Annäherung“ mit den Pabloisten in der „Wiedervereinigung“ von 1963, die zur Bildung des „Vereinigten Sekretariats“ (VS) führte. Auf stichhaltige und gründliche Weise mit der pabloistischen Degeneration der Vierten Internationale nach dem Zweiten Weltkrieg umzugehen übersteigt den Rahmen dieser Einleitung. Wir weisen unsere Leser auf „Ursprünge des Pabloismus“ (*Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 3, März 1975) und *Prometheus Research Series* Nr. 4, „Yugoslavia, East Europe and the Fourth International: The Evolution of Pabloist Liquidationism“ [Jugoslawien, Osteuropa und die Vierte Internationale: Die Entwicklung des pabloistischen Liquidatorentums], März 1993.

Der Vorläufer der Spartacist League/U.S. – die amerikanische Sektion der IKL –, die Revolutionary Tendency (RT – Revolutionäre Tendenz), führte innerhalb der SWP einen Kampf unter anderem gegen deren Verfälschung des revolutionären Trotzkiismus zugunsten der Vereinigung mit Pablo und seinesgleichen. Dafür wurde die RT auf bürokratische Weise aus der SWP ausgeschlossen, die schnell vom Zentrismus zum offenen Reformismus entartete (siehe auch die SL/U.S.-Broschüre *The Socialist Workers Party: An Obituary* von 1984 [Die Socialist Workers Party: Ein Nachruf]).

Genosse Trotzki beharrte darauf, dass Revolutionäre gegen den Strom schwimmen müssen, so wie er es tat und wir es tun wollen, *um eine Vierte Internationale wiederzuschmieden, die Trotzki als seine eigene erkennen würde.*

* * * * *

Wenn diese Zeilen im Druck erscheinen, hat die Konferenz der 4. Internationale ihre Arbeiten wahrscheinlich schon beendet. Die Abhaltung dieser Konferenz repräsentiert einen großen Erfolg. Eine intransigente revolutionäre Richtung, die Verfolgungen ausgesetzt ist, wie sie zweifellos keine andere politische Richtung in der Weltgeschichte je erduldet hat, hat von neuem ihre Kraft gezeigt: Alle Hindernisse überwindend, hat sie unter den Schlägen mächtiger Feinde ihre internationale Versammlung abgehalten. Diese Tatsache ist ein untrügliches Zeugnis der tiefen Vitalität und der unerschütterlichen Hartnäckigkeit der Bolschewiki-Leninisten aller Länder. Die Möglichkeit des Erfolgs der Konferenz wurde vor allem durch den Geist des revolutionären Internationalismus gesichert, der alle unsere Sektionen nährt. Man muss in der Tat der internationalen Verbindung der proletarischen Avantgarde einen sehr hohen Wert beimessen, um einen revolutionären Generalstab der Welt zu versammeln, während Europa und die ganze Welt in Erwartung des herannahenden Krieges leben. Die Ausdünstungen des Nationalhasses und der Rassenverfolgungen bilden gegenwärtig die Atmosphäre unseres Planeten. Faschismus und Rassismus sind nur der extremste Ausdruck dieses chauvinistischen Bacchanals, dessen Ziel es ist, die unerträglichen Klassengegensätze zu verwischen oder zu ersticken. Das Wiederaufleben des Sozialpatriotismus in Frankreich und anderen Ländern, genauer dessen neue offene und unverschämte Offenbarung, gehört in dieselbe Kategorie wie der Faschismus und ist nur der demokratischen Ideologie oder ihren Trümmern angepasst.

Zur selben Gruppe von Erscheinungen gehört die Tatsache, dass in der S.U. der Nationalismus offen kultiviert wird: in den Versammlungen, in der Presse, in den Schulen. Es handelt sich keineswegs um den sogenannten „sozialistischen Patriotismus“, d.h. um die Verteidigung der Errungenschaften der Oktoberrevolution gegen den Imperialismus. Nein, es handelt sich nur darum, die patriotischen Traditionen des alten Russland zu erneuern. Die Aufgabe besteht auch hier darin, übersoziale, über den Klassen stehende Werte zu schaffen, mit deren Hilfe man die Arbeiter um so

besser disziplinieren und den gierigen bürokratischen Kanaille unterwerfen kann. Die offizielle Ideologie des heutigen Kreml beruft sich auf die Heldentaten des Prinzen Alexander Newski, auf den Heroismus der Armee von Suworow-Rymnikski oder Kutusow-Smolenski, und schließt die Augen vor der Tatsache, dass dieser „Heroismus“ auf der Leibeigenschaft und Unwissenheit der Volksmassen beruhte, und dass aus eben diesem Grunde die alte russische Armee nur in den Kämpfen gegen noch zurückgebliebenere asiatische Völker oder schwache und zerfallende Nachbarstaaten siegreich war. In Konflikten mit den vorgeschrittenen Ländern Europas hat sich die tapfere zaristische Armee immer als ratlos erwiesen. Es ist klar, dass man im Kreml die Erfahrung des imperialistischen Krieges schon begraben hat, genau so wie man die nicht unwichtige Tatsache vergaß, dass die Oktoberrevolution direkt aus der Niederlage hervorgegangen ist. Was bedeutet das alles für die Thermidorianer und Bonapartisten? Sie brauchen nationale Fetische. Alexander Newski muss Nikolaus Jeshow zu Hilfe kommen.

Die Theorie des Sozialismus in einem Lande, die das Programm des proletarischen internationalen revolutionären Kampfes liquidiert, konnte nicht verfehlen, mit einer nationalen Flut in der S.U. zu enden und eine entsprechende Flut in den „kommunistischen“ Parteien der anderen Länder hervorzurufen. Noch vor zwei oder drei Jahren behauptete man, dass die Sektionen der Komintern ihre Regierungen einzig in den sogenannten „demokratischen“ Ländern unterstützen sollten, die bereit waren, der S.U. Beistand [im Kampf gegen den Faschismus] anzubieten. Die Aufgabe, den Arbeiterstaat zu verteidigen, sollte die Rechtfertigung



28. August 1940: Gedenkfeier in New York für Leo Trotzki, nach seiner Ermordung in Mexiko durch einen stalinistischen Agenten. Versammlung bekräftigte nochmals die Verpflichtung der Vierten Internationale, sozialistische Weltrevolution zu führen

des Sozialpatriotismus sein. Nun hat Browder, der nicht mehr und nicht weniger prostituiert als die übrigen Häupter der Stalintern ist, vor der Senats-Untersuchungskommission soeben erklärt, dass er, Browder, und seine Partei sich im Falle eines Krieges zwischen den Vereinigten Staaten und der S.U. auf der Seite ihres demokratischen Vaterlandes befinden würden. Es ist sehr wahrscheinlich, dass diese Antwort von Stalin zugeflüstert war. Aber das ändert nichts an der Sache. Der Verrat hat seine Logik. Nachdem sie sich auf

Erfolgreiche Spartakist-Abokampagne 2008



Spartakist

Ergebnis (13. Oktober bis 16. November 2008)

Ortsgruppe	Quote	Erreicht	Prozent
Berlin	110	135	123 %
Hamburg	100	105	105 %
Auf Entfernung	10	3	30 %
Gesamt	220	243	110 %

- Jahresabo (6 Ausgaben): € 4,-
- Auslandsabo: € 7,50 Übersee Luftpost: € 10,-
- Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

E-Mail _____

Bestellt bei: Verlag Avantgarde, Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
 Konto 1 19 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
 IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF

den Weg des Sozialpatriotismus begeben hat, entgleitet die 3. Internationale jetzt offenbar den Händen der Kremliclique. Die „Kommunisten“ sind Sozialpatrioten geworden und unterscheiden sich von ihren sozialdemokratischen Verbündeten und Konkurrenten nur durch größeren Zynismus.

Der Verrat hat seine Logik. Die 3. Internationale ist, nach der 2., als Internationale endgültig gestorben. Sie ist nicht mehr fähig, irgend eine Initiative auf dem Gebiet der internationalen Politik des Proletariats zu übernehmen. Die Tatsache ist gewiss nicht zufällig, dass die Komintern nach 15 Jahren fortschreitender Demoralisierung ihre endgültige innere Fäulnis gerade in dem Augenblick enthüllt, in dem sich der Weltkrieg nähert, d. h. gerade wenn das Proletariat mehr als je seines internationalen revolutionären Zusammenhangs bedarf.

Die Geschichte hat vor der 4. Internationale ungeheure Schwierigkeiten aufgehäuft. Die tote Tradition erhebt sich gegen die lebende Revolution. Nach 1½ Jahrhunderten dient die Ausstrahlung der großen französischen Revolution der Bourgeoisie und ihrer kleinbürgerlichen Agentur – der 2. Internationale – noch immer dazu, den revolutionären Willen des Proletariats einzuengen und zu paralysieren. Die 3. Internationale beutet jetzt mit demselben Ziel die unvergleichlich frischeren und mächtigeren Traditionen der Oktoberrevolution aus. Die Erinnerung an die erste siegreiche Erhebung des Proletariats gegen die bürgerliche Demokratie dient jetzt in den Händen der Usurpatoren dazu, die bürgerliche Demokratie vor der Erhebung des Proletariats zu retten.

Angesichts des herannahenden neuen imperialistischen Krieges haben die sozialpatriotischen Organisationen ihre Kräfte mit denen des linken Flügels der Bourgeoisie unter dem Namen der Volksfront vereinigt, die nichts anderes als einen Versuch darstellt, sich das Proletariat von neuem unterzuordnen, wie es die revolutionäre Bourgeoisie zu Beginn des Kapitalismus getan hatte. Was einst eine fortschrittliche historische Erscheinung war, erscheint heute vor uns als eine schändliche reaktionäre Farce. Aber wenn die „Volksfronten“ ohnmächtig sind, [den bis in den Kern verrotteten Kapitalismus zu heilen, wenn sie unfähig sind,] selbst die militärische Offensive des Faschismus im Zaume zu halten, – das Beispiel Spaniens ist voll symbolischer Bedeutung! – so sind sie trotz allem mächtig genug, in den Reihen der Arbeiter Illusionen zu säen, ihren Kampfwillen zu paralysieren und zu zerstören, und gerade dadurch der 4. Internationale die größten Schwierigkeiten in den Weg zu legen.

Die Arbeiterklasse befindet sich, besonders in Europa, noch immer im Zustand des Rückzugs oder bestenfalls des Abwartens. Die Niederlagen sind noch zu frisch und ihre Serie hat sich noch nicht erschöpft. Ihre schärfste Form haben sie in Spanien angenommen. Unter diesen Bedingungen entwickelt sich die 4. Internationale. Ist es da erstaunlich, dass ihr Wachstum langsamer fortschreitet als wir es möchten? Dilettanten, Scharlatane und Schwachköpfe, die nicht fähig sind, in die Dialektik der historischen Ebben und Fluten einzudringen, haben mehr als einmal versucht, ihr Urteil zu fällen: „Die Ideen der Bolschewiki-Leninisten sind vielleicht richtig, aber sie sind unfähig, eine Massenorganisation aufzubauen“. Als ob eine Massenorganisation unter beliebigen Bedingungen entstehen könnte! Als ob ein revolutionäres Programm in einer Reaktionsepoche nicht verpflichtet, in der Minderheit zu bleiben und gegen den Strom zu schwimmen! Nichts wert ist der Revolutionär, der die Rhythmen seiner Epoche an seiner eigenen Ungeduld misst. Noch niemals war der Weg der internationalen revolutionären Bewegung durch so ungeheure Hindernisse verarmelt wie gegenwärtig, am Vorabend einer neuen Epoche furchtbarer revolutionärer Erschütterungen. Doch zwingt

eine genaue marxistische Einschätzung der Situation den Schluss auf, dass wir trotz allem in den letzten Jahren unschätzbare Erfolge errungen haben.

Die russische „Linksopposition“ ist vor 15 Jahren entstanden. Die wirkliche Arbeit in der internationalen Arena ist noch nicht 10 Jahre alt. Die Vorgeschichte der 4. Internationale teilt sich auf natürliche Weise in drei Etappen ein. Während der ersten Etappe rechnete die „Linksopposition“ noch mit der Möglichkeit einer Regenerierung der Komintern und betrachtete sich als ihre marxistische Fraktion. Die schändliche Kapitulation der Komintern in Deutschland, stillschweigend akzeptiert von allen Sektionen, stellte offen die Frage der Notwendigkeit, die 4. Internationale aufzubauen. Jedoch unsere Organisationen, zahlenmäßig schwach, durch individuelle Auslese im Prozess der theoretischen Kritik entstanden, fast außerhalb der wirklichen Arbeiterbewegung stehend, waren noch nicht vorbereitet, um selbständig handeln zu können. Die zweite Periode ist charakterisiert durch die Bemühungen, für diese isolierten Propagandagruppen ein reales politisches Milieu zu finden, sei es selbst um den Preis eines zeitweiligen Verzichts auf die formelle Unabhängigkeit. Der Eintritt in die sozialistischen Parteien hat mit einem Schlag unsere Reihen verstärkt, wenn er auch trotz allem unter dem Gesichtspunkt der Quantität weniger ergeben hat, als man erwarten konnte. Aber dieser Eintritt hat einen außerordentlich wichtigen Abschnitt für die politische Erziehung unserer Sektionen bedeutet, die sich zum ersten Mal von Angesicht zu Angesicht mit den Realitäten des politischen Kampfes und seinen Erfordernissen gemessen und dabei ihre Ideen überprüft haben. Das Resultat der gemachten Erfahrung war, dass unsere Kader um einen ganzen Kopf gewachsen sind. Auch das ist keineswegs eine unwichtige Errungenschaft, dass sich die unverbesserlichen Sektierer, die Konfusionisten und Taschenspieler von uns getrennt haben, die sich gewöhnlich zu Beginn an jede neue Bewegung anschließen, um sie nach Maßgabe ihrer Kräfte zu diskreditieren und zu paralysieren.

Wohlverstanden, die Entwicklungsetappen unserer Sektionen in den verschiedenen Ländern können chronologisch nicht übereinstimmen. Aber man kann trotzdem die Gründung der amerikanischen sozialistischen Arbeiterpartei [SWP] als das Ende der 2. Periode betrachten. Jetzt an steht die 4. Internationale den Aufgaben einer Massenbewegung gegenüber. Der Reflex dieser wichtigen Wendung ist das Übergangsprogramm, dessen Bedeutung darin besteht, nicht einen theoretischen Plan a priori zu geben, sondern die Bilanz der schon gesammelten Erfahrungen der nationalen Sektionen zu ziehen und auf der Basis dieser Erfahrungen eine breite internationale Perspektive zu eröffnen.

Die Annahme dieses Programms, vorbereitet und gesichert durch eine lange vorhergehende Diskussion – oder genauer durch eine ganze Reihe von Diskussionen –, stellt unsere Haupterrungenschaft dar. Die 4. Internationale ist heute die einzige internationale Organisation, die sich nicht nur klare Rechenschaft über die treibenden Kräfte der imperialistischen Epoche ablegt, sondern auch mit einem System von Übergangsforderungen ausgerüstet ist, die geeignet sind, die Massen für den revolutionären Kampf um die Macht zu sammeln. Wir sind weit entfernt davon, uns selbst zu täuschen. Das Missverhältnis zwischen unseren gegenwärtigen Kräften und den morgigen Aufgaben ist uns viel klarer als unseren Kritikern. [Aber die raue und tragische Dialektik unserer Epoche arbeitet zu unseren Gunsten.] Indessen werden die bis zum äußersten Grad der Erbitterung und Empörung getriebenen Massen keinen anderen Weg finden als den, welchen ihnen die 4. Internationale vorschlägt.

Über die trotzkistische Position zur Labour Party Ursprünge und Entwicklung der Spartacist-Tendenz in Britannien

Der folgende Artikel wurde übersetzt aus Workers Hammer Nr. 204, Herbst 2008 – Zeitung der Spartacist League/Britain (SL/B).

Bei der im August abgehaltenen Nationalen Konferenz der Spartacist League/Britain war eine besondere Sitzung einer Podiumsdiskussion zur Vorgeschichte der Sektion und unserer Taktik gegenüber der Labour Party gewidmet. Behandelt wurde ungefähr das Jahrzehnt von 1974, als Bergarbeiterstreiks die konservative Regierung von Edward Heath zu Fall brachten, bis zum großen Bergarbeiterstreik von 1984/85. An den Vorträgen und Diskussionen waren Genossen aus verschiedenen Ländern und mit unterschiedlichem politischen Hintergrund beteiligt.

Der grobe Bezugsrahmen für die Podiumsdiskussion ist in dem Artikel „Thirty years of the Spartacist League/Britain“ [Dreißig Jahre Spartacist League/Britain] (*Workers Hammer* Nr. 203, Sommer 2008) beschrieben. Dieser hielt fest, dass die Gründung der Spartacist League/Britain im Jahr 1978 einen wesentlichen Schritt in unserem Kampf für die Wiederschmiedung der Vierten Internationale darstellte. Zentral für unsere internationale Perspektive war der Kampf gegen den Pabloismus, die von Michel Pablo geführte revisionistische Strömung, die 1951–53 Trotzki's Vierte Internationale programmatisch zerstörte. Charakteristisch für den Pabloismus war, dass er die Notwendigkeit einer revolutionären Führung der Arbeiterklasse, also die Notwendigkeit trotzkistischer Parteien, leugnete und sich stattdessen an die existierenden sozialdemokratischen, stalinistischen und kleinbürgerlichen nationalistischen Führungen anpasste. Die pabloistischen Revisionisten wurden von der amerikanischen Socialist Workers Party (SWP) unter der Führung von James Cannon bekämpft, wenn auch verspätet und auf ihrem eigenen nationalen Terrain. Im Jahr 1953 spaltete sich Cannons SWP von Pablo ab, um dann zusammen mit anderen antipabloistischen Kräften weltweit – im Kern die französische Organisation communiste internationaliste und die britischen Anhänger von Gerry Healy – das Internationale Komitee (IK) zu bilden.

Im Zusammenhang mit der Kubanischen Revolution machte sich die SWP jedoch Pablos Revisionismus zu eigen und führte 1963 eine Wiedervereinigung mit Pablos Kräften durch, woraus das Vereinigte Sekretariat (VS) hervorging. Unsere Spartacist-Tendenz entstand als die „Revolutionary Tendency“ (RT), die 1963 aus der SWP in den USA aus-

SPARTACIST
NUMBER 23 SPRING 1977 50 CENTS

Toward the Rebirth of the Fourth International!

Declaration for the Organizing of an International Trotskyist Tendency

ADOPTED IN JULY 1974

1. The Spartacist League of Australia and New Zealand and the Spartacist League of the United States declare themselves to be the nucleus for the early crystallization of an international Trotskyist tendency based upon the 1966 Declaration of Principles and dedicated to the rebirth of the Fourth International.

2. In a half dozen other countries parties, groups and committees have expressed their general or specific sympathy or support for the international Spartacist tendency, as have scattered supporters or sympathizers from a number of additional countries. Among these groups and individuals are comrades, in both Europe and Asia, possessing many years or even decades of experience as cadres of the Trotskyist movement.

3. The Revolutionary Internationalist Tendency, a small Marxist wing of the "United Secretariat," centered on the United States and with supporters in Australia and elsewhere, has seen its spokesmen expelled from their national sections and parties for seeking to express their views within the United Secretariat, that deeply factionally divided and unprincipled conglomeration of reformists

continued on page 2

Trotsky near Naples, 1932.

**Spartacusbund Expels Left Opposition
Trotskyist Faction Fuses with TLD...24**

SPARTACIST
Deutsche Ausgabe Nr. 3 - März 1975 DM 1,- 65 7

**Die SWP und die Vierte Internationale, 1946-54:
Ursprünge des Pabloismus**

—Bericht des ZENTRAL-Komitees Nr. 21, Herbst 1972

SPARTACIST
NUMBER 12 DEUTSCHE AUSGABE WINTER 1986/87 DM 2,-/3,- 12

HEALYISMUS ZERSTOBEN

SEITE 4

**Spartacist und die Healyisten...8
Über die Spaltung 1966.....16**

Was ist aus Peter Fryer geworden
Labour Gerry - Es geschickt Du recht!..... 2
Schlußklärung der Spartacist-Delegation
an die Londoner Konferenz 1966..... 12

VDU Frankfurt: Sieg für Verteidigung des Streikrechts!...3

„Mittler von Spies“ verteidigt die Sozialdemokraten
Reagan's Kriegslustlosigkeit..... 31

Bitburg, Kohl/Reagan stehen stramm
vor SS-Massenmördern..... 32

Wiederaufbau einer erneut internationalisierten TLD... 33

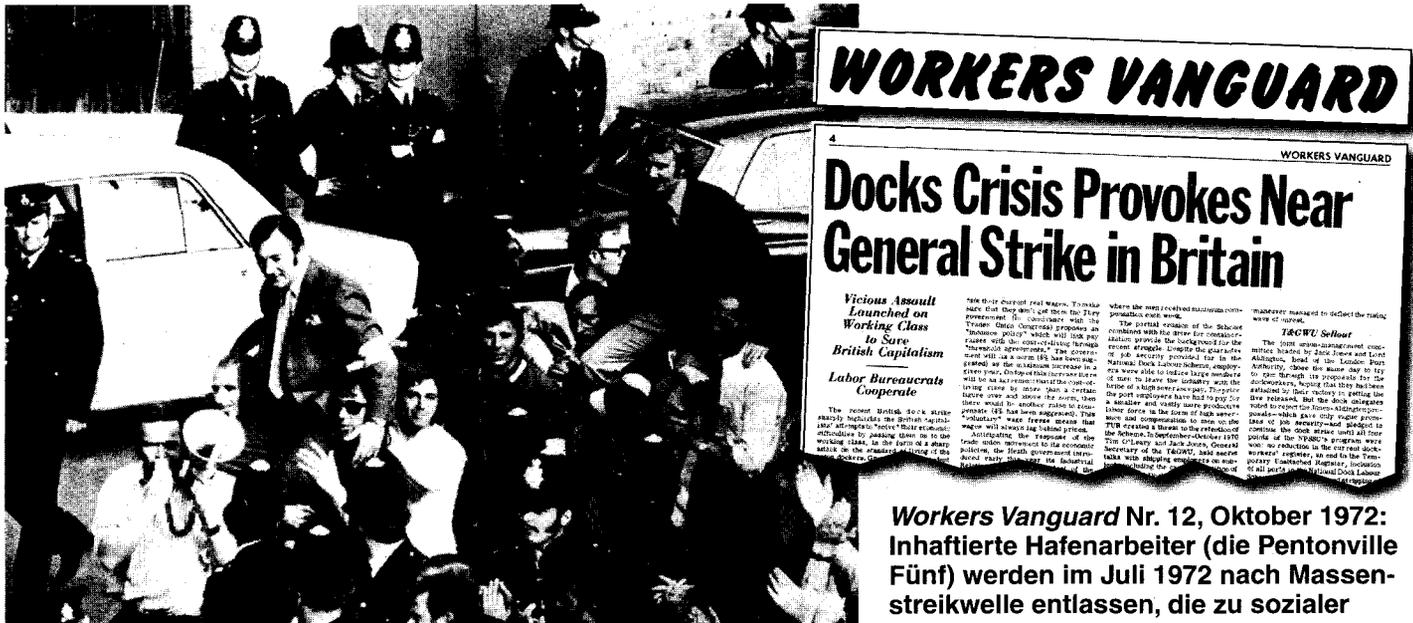
Waldheim Kriegsverbrecher..... 37

Türkische Arbeiter im Vierten Reich..... 48

**Spartacist, englische Ausgabe
Nr. 23, Frühjahr 1977 (links);
deutsche Ausgabe Nr. 3,
März 1975 (oben rechts) und
Nr. 12, Winter 1986/87**

geschlossen wurde und danach die Spartacist League/U.S. gründete. Eine zentrale Frage bei der Formierung der RT war ihre Opposition gegen das Fallenlassen des Kampfes für eine trotzkistische Partei in Kuba seitens der SWP, nachdem die kleinbürgerlichen Kräfte Castros den Kapitalismus in Kuba gestürzt hatten (siehe „Ursprünge des Pabloismus“, *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 3, März 1975). Der Kampf gegen den Pabloismus war entscheidend für das Überleben des Trotzkiismus, und die Gründungskader der RT solidarisierten sich daher anfänglich politisch mit dem IK. Wie bei der Podiumsdiskussion aber festgestellt wurde, war die [führende] britische Sektion des IK unter der Führung des politischen Banditen Gerry Healy weit davon entfernt, das pabloistische Liquidatorentum zu bekämpfen, sondern steckte selbst tief im reformistischen Morast der britischen Labour Party.

Zur Vorbereitung der Podiumsdiskussion verfasste Genosse Jon Branche einen Brief, in dem er darauf hinwies, dass das Dokument „Erklärung für die Organisierung einer internationalen trotzkistischen Tendenz“ vom Juli 1974 den politischen Rahmen für die Ausweitung unserer Tendenz darlegte (veröffentlicht in *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 2, Herbst 1974). Darin heißt es: „Die Spartacist League of Australia and New Zealand und die Spartacist League of the United States erklären sich zum Kern für die baldige Herausbildung einer internationalen trotzkistischen Tendenz“, sowie: „In einem halben Dutzend anderer Länder haben Parteien, Gruppen und Komitees ihre Sympathie



Socialist Worker

WORKERS VANGUARD

Docks Crisis Provokes Near General Strike in Britain

**Vicious Assault
Launched on
Working Class
to Save
British Capitalism**

**Labor Bureaucrats
Cooperate**

The recent British dock strike rapidly highlights the British capitalist attempts to impose class rule on the working class. In the form of a sharp attack on the maintenance of the

when the men received maximum compensation even when.

The joint action of the British workers with the strike for conditions of work provided the backbone for the recent struggle. Despite the guarantees of job security provided for by the National Dock Labour Board, employees were able to force large numbers of them to leave the industry when the port employers have had to pay for a smaller and vastly more productive labor force in the form of high wages and compensation to men on the

ship. It is a fact that the reduction of the dock labor force has been the result of the National Dock Labour Board's efforts. The O'Connell and Jack Jones, General Secretary of the TUC, has been talking with shipping employers to maintain the dock labor force.

where the men received maximum compensation even when.

The joint action of the British workers with the strike for conditions of work provided the backbone for the recent struggle. Despite the guarantees of job security provided for by the National Dock Labour Board, employees were able to force large numbers of them to leave the industry when the port employers have had to pay for a smaller and vastly more productive labor force in the form of high wages and compensation to men on the

ship. It is a fact that the reduction of the dock labor force has been the result of the National Dock Labour Board's efforts. The O'Connell and Jack Jones, General Secretary of the TUC, has been talking with shipping employers to maintain the dock labor force.

where the men received maximum compensation even when.

The joint action of the British workers with the strike for conditions of work provided the backbone for the recent struggle. Despite the guarantees of job security provided for by the National Dock Labour Board, employees were able to force large numbers of them to leave the industry when the port employers have had to pay for a smaller and vastly more productive labor force in the form of high wages and compensation to men on the

ship. It is a fact that the reduction of the dock labor force has been the result of the National Dock Labour Board's efforts. The O'Connell and Jack Jones, General Secretary of the TUC, has been talking with shipping employers to maintain the dock labor force.

**Workers Vanguard Nr. 12, Oktober 1972:
Inhaftierte Hafentarbeiter (die Pentonville
Fünf) werden im Juli 1972 nach Massen-
streikwelle entlassen, die zu sozialer
Krise führte**

oder Unterstützung (teils generell, teils in spezifischen Punkten) für die internationale Spartacist Tendenz zum Ausdruck gebracht, was auch für verstreute Anhänger oder Sympathisanten in einer Reihe anderer Länder zutrifft.“ Zu diesen Ländern gehörten Frankreich, Deutschland und Österreich sowie Kanada, Israel und Ceylon (Sri Lanka).

In seinem Brief betonte Branche, dass unser Verständnis der Widersprüche in der britischen Labour Party als einer bürgerlichen Arbeiterpartei „durch wiederholtes Intervenieren gegen links-pabloistische Gruppen, insbesondere in Deutschland und Österreich, kodifiziert oder zumindest geschärft worden“ war. Herbert Adler, ein Sprecher auf dem Podium, unterstrich, dass eine Schlüsselfrage für unsere deutsche Sektion das Verständnis war, dass bürgerliche Arbeiterparteien einen Widerspruch verkörpern und dass es unsere strategische Perspektive ist, solche Parteien zu spalten. Adler zitierte hier aus einem Brief von W. Moore und James Robertson von der Spartacist League/U.S. im März 1972 an linke Pabloisten in Deutschland, die die Auffassung vertraten, die SPD sei eine bürgerliche Partei:

„Soweit wir informiert sind, charakterisieren beide Fraktionen die SPD als bürgerlich-technokratische Partei (ähnlich der amerikanischen Demokratischen Partei). Wir betrachten dies nicht nur als falsch, sondern meinen, dass es ohne eine korrekte Position in dieser Frage keine lebensfähige Strategie für die proletarische Revolution in Deutschland geben kann. Nur das niedrige Niveau des Klassenkampfes im Nachkriegsdeutschland hemmt die offenkundige Erkenntnis, dass die SPD eine reformistische (d.h. sowohl bürgerliche als auch proletarische) Partei ist, die irgendwann zerstört werden muss. Wenn die Revolutionäre sie ignorieren, wird die SPD ihre historisch entwickelte Autorität bei den Arbeitern einsetzen, um den nächsten revolutionären Angriff zu spalten und niederzuschlagen. Die Zerstörung der SPD muss zum passenden Zeitpunkt durch Intervention angestrebt werden, um die innere Differenzierung zu verschärfen, mit dem Ziel, sie in ihre wesentlichen bürgerlichen und proletarischen Elemente aufzulösen, d.h. zu spalten, die letzteren organisiert in oder geführt von einer leninistischen Partei.“ (*Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 1, Frühling 1974)

Einer der Genossen, die an der Podiumsdiskussion teilnahmen, war Kurt Weiss, der zu einer Umgruppierung aus den Österreichischen Bolschewiki-Leninisten gehörte. Diese hatten 1974 eine „Feststellung einer politischen Basis für

gemeinsame Arbeit in Deutschland“ mit der Spartacist League/U.S. unterzeichnet. Diese Erklärung bekräftigte die Entscheidungen der ersten vier Weltkongresse der Kommunistischen Internationale und das Übergangsprogramm von 1938, das Gründungsdokument von Trotzki's Vierter Internationale, und befürwortete: „Unbedingte Verteidigung der degenerierten oder deformierten Arbeiterstaaten gegen den kapitalistischen Imperialismus, verbunden mit der Anerkennung der Notwendigkeit politischer Revolution gegen die Bürokratien all dieser Staaten, von Moskau und Ost-Berlin bis Belgrad, Hanoi, Havanna und Peking“ (*Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 2, Herbst 1974).

Ein weiterer Podiumssprecher, Genosse James Robertson – ein Gründungsmitglied der Revolutionary Tendency –, sagte zu Beginn seiner Ausführungen: „Der Zweite Weltkrieg führte zur internationalen Zersplitterung der trotzkistischen Bewegung, durch die Kombination eines sehr scharfen internationalen Kampfes zwischen Shachtman/Burnham und Trotzki/Cannon und der bald darauffolgenden Ermordung Trotzki's, des überragenden Hauptführers der internationalen Kommunisten. Mit der von uns unternommenen Arbeit versuchen wir, diese politische und organisatorische Zersplitterung rückgängig zu machen.“ Er betonte, welche enorme Bedeutung das Ausbrechen aus den USA für uns hatte, und sagte, es sei uns klar gewesen, dass die Zufriedenheit mit einer auf das nationale Terrain beschränkten Existenz bereits eine wesentliche programmatische Deformation dargestellt hätte, die uns zur Sterilität als kommunistische Bewegung verdammt hätte. Abstrakt betrachtet wäre uns niemals eingefallen, Neuseeland, Israel, Schweden und später Österreich, das letzte Regime der Habsburger, hätten zur zentralen Achse des Welttrotzkismus werden können. Doch wie Robertson bemerkte, tauchten genau in diesen Ländern Einzelpersonen auf, und von dort aus gelangten wir dann weiter zu Ländern, die wir für besonders entscheidend erachteten – vor allem Frankreich, das dank der explosiven Folgen der Ereignisse von 1968 (und lange Zeit vorher) als unangefochtenes Weltzentrum des vorgeblichen Trotzkismus galt.

Robertson erzählte über einen Besuch in Brüssel 1970, wo wir bei einer VS-Konferenz intervenierten, dass uns Belgien die ersten Einsichten in die Folgen einer erzwungenen Einheit von zwei Nationen vermittelte, d.h. wenn zwei Nationen – die Flamen und die Wallonen – unter einer Staatsmacht zusammengedrungen werden. Das erwies sich später als sehr hilfreich, als wir es mit einer viel größeren Situation

von zwei unter einer Staatsmacht zusammengewungenen Nationen zu tun hatten – das englischsprachige Kanada und Quebec. Er bemerkte, dass wir in London einen Stützpunkt einrichteten, um zu „versuchen, in der britischen Gesellschaft Wurzeln und Einfluss zu finden“. Das sollte Früchte tragen, als die London Spartacist Group mit einer Fraktion der Workers Socialist League zur Spartacist League/Britain fusionierte.

Marxisten gegen Labour-Politik

Das Konferenzdokument der SL/B stellte fest: „Historisch und auch heute ist es beim Aufbau einer revolutionären Partei in Britannien die strategische Aufgabe, Arbeiter von Illusionen in parlamentarischen Reformismus à la Labour zu brechen.“ Die Podiumsdiskussion bestätigte, dass es der schiere politische Bankrott des reformistischen alten Labour-Programms war, der zum Aufstieg von Margaret Thatcher und von New Labour führte. Die schwierigen Bedingungen, unter denen britische Arbeiter heute kämpfen, gehören mit zum Erbe des besiegten Bergarbeiterstreiks von 1984/85. Danach begann Thatcher rachsüchtig, den gesamten Kohlenbergbau dichtzumachen, dessen Belegschaft jahrzehntelang das kämpferische Rückgrat des Proletariats in Britannien bildete. Das Ergebnis von verräterischen Niederlagen der Arbeiterklasse in ungestümen Klassenkämpfen, die das Land in den frühen 1970er-Jahren lahmlegten, ist eine ganze Palette an gewerkschaftsfeindlichen Gesetzen, die von Thatcher erlassen und von New Labour aufrecht erhalten wurden.

Der Podiumsdiskussioner, der diese Periode detailliert ansprach, Genosse George Crawford, sagte, dass sich die *Workers-Vanguard*-Artikel dieser Zeit wie ein Lehrbuch darüber lesen, was eine bürgerliche Arbeiterpartei ist und wie eine kleine kommunistische Gruppe „taktisch die Widersprüche ausnutzt und in verdammt viel Klassenkampf zu intervenieren versucht“. Diese Periode begann tatsächlich schon 1964 mit der Wahl der Labour-Regierung von Harold Wilson. Nach dem Verlust seiner hegemonialen Macht befand sich der britische Imperialismus in schwerwiegendem ökonomischen Niedergang und war unfähig, mit seinen europäischen Widersachern mitzuhalten. Nur durch die erzwungene Lohnminderung bei den britischen Arbeitern konnten die kapitalistischen Herrscher ihre Konkurrenzfähigkeit verbessern. Die Wilson-Regierung musste Labours eigene Basis angreifen, und 1969 erstellte die Labour-Ministerin Barbara Castle das Dokument „In Place of Strife“ [Anstatt Streit], in dem sie Lohnkontrollen, Streikabstimmungen und ein Verbot von Streikposten bei nicht direkt bestreikten Betrieben forderte. Dies wurde von den Gewerkschaften überwältigend abgelehnt, insbesondere von den sehr starken Vertrauensleutenkomitees, und Wilson gab nach. 1970 wurden die Konservativen um Edward Heath gewählt und versuchten mit Heaths Industrial Relations Act [Gesetz über die industriellen Beziehungen] von 1971, die Gewerkschaften zu zerbrechen. Die Antwort war die größte Streikwelle des Landes seit dem Generalstreik von 1926. Bauarbeiter, Drucker und Ingenieure gingen in den Streik, ebenso die Bergarbeiter, Eisenbahner und Hafentarbeiter – wie Crawford anmerkte, die drei Gewerkschaften, welche in einer von Kohle, Transport und Häfen abhängigen Inselwirtschaft eine immense Bedeutung und Macht hatten. Ein Jahrzehnt später sollten wir diese drei Gewerkschaften während des Bergarbeiterstreiks von 1984/85 dazu aufrufen, „das Land lahmzulegen“.

Auf die Festnahme von fünf Vertrauensleuten der Hafentarbeiter, die im Gefängnis von Pentonville inhaftiert wurden, folgte – so Crawford – eine riesige Aufwallung von Arbeiterprotesten. Durch das Ausmaß der Militanz und Radikalisierung in Furcht versetzt, rief der TUC [Gewerk-

schaftsdachverband] einen eintägigen Generalstreik aus. Als die Regierung die „Pentonville Fünf“ schnell freiließ, sagte der TUC den Streik ab. Während die Labour Party versuchte, die Welle der Unruhen zu benutzen, um erneut die Regierung zu übernehmen, schrieben wir:

„Die Labour Party wird erst dann zertrümmert werden, wenn ihre Doppelrolle durch ihre eigenen Handlungen an der Macht und unter der anhaltenden vernichtenden Kritik der revolutionären Marxisten entlarvt wird. Genau zu diesem Zweck fordern Revolutionäre die Labour Party auf, ihren vorgeblichen Kampf, die Arbeiterklasse an die Macht zu bringen, durchzuziehen. In diesem Sinn, und nur in diesem Sinn, kann kritische Unterstützung – ‚wie der Strick den Gehängten stützt‘ – eine andere Bedeutung haben als die zynische Verstärkung der Illusionen der arbeitenden Massen. Die Polarisierung der Labour Party, das Abspalten ihrer Basis in der Arbeiterklasse auf der Grundlage eines revolutionären Klassenprogramms, wird den Weg dafür frei machen, dass die Arbeiter ihre eigenen Machtorgane aufbauen können – eine revolutionäre Massenpartei und Arbeiterräte.“
(*Workers Vanguard* Nr. 12, Oktober 1972)

In einer Periode internationaler Radikalisierung und bei der Linksbewegung ihrer Basis nahm die Labour Party auf ihrer Konferenz 1973 ein radikal klingendes Programm an, in dem versprochen wurde, etwa zwei Dutzend der größten Unternehmen des Landes zu verstaatlichen; der rechte Labour-Führer Denis Healey gelobte gar, die Reichen zu besteuern.

Im Januar 1974 startete die Bergarbeitergewerkschaft ein Überstundenverbot. Als die Heath-Regierung eine landesweite Aussperrung verhängte – eine erzwungene Drei-Tage-Arbeitswoche mit einem entsprechenden Lohnverlust –, stimmten die Bergarbeiter für einen Vollstreik. Angesichts der tiefgehenden ökonomischen und politischen Krise des Landes und mit dem ausdrücklichen Ziel, den Bergarbeiterstreik zu zerschlagen, setzte Heath Neuwahlen für Februar 1974 an. Damals sagten wir:

„Notwendig ist eine geschlossene Offensive der Arbeiterbewegung, um die Heath-Regierung zu besiegen und den ganzen Komplex ihrer jüngsten arbeiterfeindlichen Wirtschaftsmaßnahmen zu kippen. Das bedeutet einen Generalstreik, im Kern (jedoch keinesfalls darauf begrenzt) für ein Ende der verkürzten Arbeitswoche/

SPARTACIST

Spartacist ist die theoretische und dokumentarische Quellensammlung der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) und wird auf Englisch, Französisch, Deutsch und Spanisch herausgegeben.

Vom deutschsprachigen *Spartacist* liegen **gebundene Ausgaben** in bisher zwei Bänden vor, jeweils im Leinenband und mit ausführlichem Sachregister:

Band 1 Nr. 1–10 Frühling 1974 bis Winter 1981/82

Band 2 Nr. 11–18 Winter 1983/84 bis Frühjahr 1997

€ 30,–

Zu beziehen über: Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin

Konto 11988-601

Postbank Frankfurt/M., BLZ 500 100 60.

BIC PBNKDEFF

IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01

Aussperrung, für die Zerschlagung der staatlichen Lohnkontrollen und die Erringung von wesentlichen Lohnverbesserungen mit einer vollständigen Anpassung an die Lebenshaltungskosten.“ (*Workers Vanguard* Nr. 38, 15. Februar 1974)

„Es gab“, wie Crawford aufzeigte, „zu diesem Zeitpunkt keine alternative Führung in Britannien, und ein Generalstreik kann leicht in eine Aufstandssituation übergehen, in der die Arbeiterklasse schwere Verluste erleiden kann.“ Ein aufständischer Generalstreik unter einer Labour-Führung wäre ein Desaster für die Arbeiterklasse gewesen, daher machten wir unsere Taktik deutlich, zu einem begrenzten, defensiven Generalstreik aufzurufen, um die Tory-Regierung und ihre gewerkschaftsfeindlichen Gesetze loszuwerden. Wir forderten den TUC zur Vorbereitung eines durch die Vertrauensleute organisierten Generalstreiks für Forderungen wie die folgenden auf: für die Beendigung der Aussperrung und für sofortige Wahlen, um die Tory-Regierung davonzujagen. Im Gegensatz zu der Unzahl an Pseudotrotzkisten, die wie immer einfach die Tories durch eine Labour-Regierung ersetzen wollten, forderten wir eine Regierung von *Labour Party und TUC*, die einem sozialistischen Programm für die Enteignung der Bourgeoisie verpflichtet sein sollte. Die Gewerkschaften einzubeziehen und unserer Taktik eine außerparlamentarische Dimension zu geben war, wie Crawford anmerkte, in Britannien besonders entscheidend – wo Illusionen in das Parlament weit verbreitet sind. Anders als beim Bergarbeiterstreik von 1984/85, wo die Führungen von TUC und Labour unverhohlen versuchten, den Streik zu sabotieren, gab es 1974 gewaltige Illusionen in den TUC.

Labour gewann die Wahlen vom Februar 1974 sehr knapp, und Wilson setzte eine Wiederholung der Wahlen für November an. Wieder riefen wir zu kritischer Unterstützung von Labour auf, während wir sagten: „Nein zu Wilsons Sozialvertrag“. Labour gewann erneut und 1976 trat James Callaghan die Nachfolge von Wilson als Premierminister an. Später schloss Callaghan eine Koalition mit den Liberalen, einer offen bürgerlichen Partei. Während der Liberalen-Labour-Koalition von Callaghan hoben wir hervor, dass wir es grundsätzlich ablehnen, für Arbeiterparteien in Volksfront-Bündnissen zu stimmen: Wir verfolgten eine Politik der bedingten Nichtunterstützung von Labour bei Wahlen, das heißt wir verweigerten Kandidaten die Stimme, solange und insofern sie nicht Labours Bündnis-macherei zurückwiesen. Nach einer gewaltigen, als „Winter der Unzufriedenheit“ bekannten Streikwelle wurde im Mai 1979 Margaret Thatchers konservative Regierung gewählt. 1979 sagten wir: „Keine Stimme für Labour!“, und erklärten, dass die verräterische Politik von Labour zur zutiefst gewerkschaftsfeindlichen Thatcher-Regierung geführt hatte.

Die Wiedergeburt des britischen Trotzkismus

Die Podiumsrednerin, die die Gründung der SL/B behandelte, Genossin Jo Woodward, war ein Mitglied der Trotzkistischen Fraktion in der Workers Socialist League (WSL) gewesen, die 1978 mit der London Spartacist Group fusionierte. Die WSL entstand 1974, als Gerry Healys Workers Revolutionary Party (WRP) 200 Mitglieder ausschloss, die von Alan Thornett geführt wurden, dem bekannten Industriegewerkschaftsführer der WRP. Im Mai 1975, kurz nach Gründung der WSL, wurde in Südvietsnam der Kapitalismus gestürzt und so der jahrzehntelange Bürgerkrieg gegen die Imperialisten und Kolonialisten beendet. Zur Illustration des wirklich offenen politischen Klimas jener Zeit erzählte Woodward, wie in der Cowley-Autofabrik, wo Thornett arbeitete, die ganze Fabrik die Arbeit einstellte und applaudierte, als übers Radio der Fall von Saigon bekannt gegeben wurde. Wie sich jedoch herausstellte, passte sich die WSL

gleichzeitig an das Milieu der Labour Party und der Gewerkschaften an, obwohl sie als orthodoxe Trotzkisten auftraten. In der Tat war Thornetts Spaltung rechts von Healys WRP, indem sie das formale Festhalten der WRP an der Notwendigkeit einer trotzkistischen Avantgarde ablehnte. Woodward betonte, dass unter Healys orthodox trotzkistischer Übertünchung eine langjährige politische Anpassung an die Labour-„Linken“ steckte.

Als 1956 wegen der militärischen Unterdrückung der proletarischen politischen Revolution in Ungarn seitens der sowjetischen stalinistischen Bürokratie tausende Mitglieder aus der Kommunistischen Partei austraten, leistete Healy hervorragende Arbeit beim Aufammeln sowohl der Intelligenz als auch der Industriekader der britischen Kommunistischen Partei. Nach dieser Umgruppierung rief Healy die Socialist Labour League (SLL) ins Leben, die *Labour Review* und marxistische Dokumente wie *World Prospect for Socialism* [Weltweite Aussichten des Sozialismus] (1961) herausgab. Aus der Entfernung und in Unkenntnis der Tatsache, dass Healy ein prinzipienloser politischer Bandit war, brachten die Gründungskader der Spartacist Tendenz auf der Basis von *World Prospect for Socialism*, einer imposanten Darstellung des marxistischen Anliegens, ursprünglich ihre politische Solidarität mit der SLL zum Ausdruck.

Auf einer Londoner Konferenz 1966 wurden unsere Genossen aber von Healys bürokratischen Praktiken abgestoßen. Diese nahmen bald politischen Ausdruck an, als Healys Organisation während der „Kulturrevolution“ – einem 1966 begonnenen gewaltsamen innerbürokratischen Machtkampf zwischen den chinesischen Stalinisten – Maos Roten Garden huldigte. Später machte sich die WRP zum Verfechter einer klassenlosen „Arabischen Revolution“ und wurde gleichzeitig von arabischen bürgerlichen Regimen finanziert; 1979 bejubelte sie ungeheuerlicherweise die Hinrichtung von 21 Mitgliedern der irakischen Kommunistischen Partei durch das Baath-Regime. Woodward bemerkte, dass die WRP nach dem Bergarbeiterstreik von 1984/85 auf spektakuläre Weise zusammenbrach, nachdem sie am Vorabend des Streiks eine antikommunistische Provokation gegen Arthur Scargill initiiert hatte. (Siehe „Healyismus zerstoßen“, *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 12, Winter 1986/87.)

Die Trotzkistische Fraktion

Entscheidend für das Gewinnen der Trotzkistischen Fraktion für den Spartakismus war – so Woodward – die Erkenntnis, dass Revolutionäre bei Wahlen Kandidaten gegen Labour aufstellen müssen. Thornetts WSL kritisierte die WRP von rechts, weil diese bei den Wahlen von 1974 Kandidaten gegen Labour aufgestellt hatte. Im Gegensatz dazu gab die Spartacist Tendenz WRP-Kandidaten kritische Unterstützung. Deren formales Programm ging über den Rahmen der Verwaltung des Kapitalismus hinaus, sie traten aber nicht für einen Generalstreik zur Verteidigung der Arbeiterklasse gegen Heaths Attacken ein. Woodward sagte, kritische Unterstützung sei „wirklich nur eine halbe Taktik“ – wir würden gerne immer in der Lage sein, unsere eigenen Kandidaten gegen Labour aufzustellen.

Die Übereinstimmung der Trotzkistischen Fraktion mit der Spartacist Tendenz wurde hauptsächlich in dem Dokument „In defence of the revolutionary programme“ [Zur Verteidigung des revolutionären Programms] ausgedrückt (wiederveröffentlicht in *Workers Hammer* Nr. 203, Sommer 2008). Woodward stellte fest, dass beim Umgruppierungsprozess die Frage von Irland eine prominente Rolle spielte. Sie erwähnte dann drei Ereignisse, an die sie sich besonders klar erinnerte und die sie zur Politik der internationalen Spartacist Tendenz brachten. Das erste war, dass ein Mitglied der Trotzkistischen Fraktion dem nationalen Komitee

der WSL einen Antrag mit dem Titel „Die marxistische Haltung zur Polizei“ vorlegte, der so begann: „Der Polizeiapparat ist die direkte repressive Agentur des kapitalistischen Staates.“ Der Antrag wurde abgelehnt. Noch heute stellt die Staatsfrage eine große Trennlinie zwischen uns und den Opponenten dar. Das zweite Ereignis war, als sie ein Mitglied des nationalen Komitees der WSL fragte: „Du glaubst doch bestimmt nicht wirklich, dass eine ‚linke‘ Labour-Regierung eine Arbeiterregierung ist?“ Er sagte, doch, das ist unsere Position, und Woodward wusste, dass sie in der falschen Organisation war. Das dritte Ereignis war, dass die WSL-Zeitung *Socialist Press* an den bluttriefenden britischen Imperialismus appellierte, die schwarzen nationalistischen Kräfte zu bewaffnen, die gegen die Apartheid in Südafrika kämpften. Das zeigte, dass die WSL nicht dem Programm des Trotzismus verpflichtet war, sondern der Labour Party.

Abschließend sagte Woodward, dass das Dokument der Trotzistischen Fraktion „In defence of the revolutionary programme“ von 1978 davor warnte, dass die „Menschenrechts“-Kampagne des US-Präsidenten Carter „darauf ausgerichtet war, die Bevölkerung zur Unterstützung für die militärische Mobilmachung zu kriegen, die ständig gegen die Sowjetunion abließ“. Die Welt ging damals mit dem zweiten Kalten Krieg schwanger, und bald sollte die „Russische Frage“ drohen die Labour Party auseinanderzureißen.

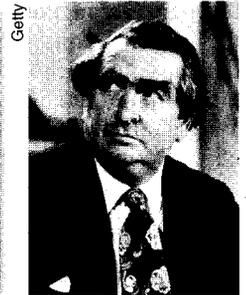
Labours Kalter Krieg

In seinem Referat über unsere Taktiken gegenüber Labour während der frühen 1980er-Jahre setzte Genosse Len Michelson dieses Thema fort. Die „Eiserne Lady“ Thatcher war entschlossen, gegen die Gewerkschaften Krieg zu führen. Sie war auch eine überzeugte Kalte Kriegerin in dem antisowjetischen Feldzug, den die Imperialisten begannen, als sowjetische Truppen 1979 nach Afghanistan gingen – auf Ersuchen der DVPA-Regierung, die sich einem CIA-unterstützten Mudschaheddin-Aufstand gegenüber sah. Die Arbeiterbasis der Labour Party befand sich in Aufruhr gegen die Politik der vorherigen Labour-Regierung unter James Callaghan und Denis Healey, und die Partei sollte bald mehrere Jahre tiefgreifender Instabilität durchmachen. Mit Beginn des Kalten Kriegs führte das zu einem Wiederaufleben der Labour-„Linken“ unter Führung von Tony Benn und der Campaign for Nuclear Disarmament [Kampagne für nukleare Abrüstung] (CND), die Massendemonstrationen gegen Cruise- und Trident-Raketen und gegen die SS-20 der Sowjetunion organisierte. Bei diesen CND-Massendemonstrationen verkauften wir riesige Mengen an Zeitungen – Michelson erinnerte sich an eine Demonstration im Jahr 1981, wo unsere Überschrift lautete: „In Polen läuft die Zeit ab – Stoppt die Konterrevolution von Solidarność!“ (*Spartacist Britain* Nr. 36, Oktober 1981). Wir verkauften mehr als 1000 Exemplare dieser Zeitung. Die sozialdemokratische Linke hasste uns, aber – so Michelson – die Arbeiterklasse wusste, dass irgendwas an Solidarność komisch war, insbesondere weil Thatcher sie mochte.

Anfang 1981 stand Labour vor einer tiefen Spaltung, als sich ihr rechter Flügel davonzumachen begann. Roy Jenkins



Der Spiegel



Getty

Anfang der 80er-Jahre: Denis Healey (rechts) führte Labours Pro-NATO/CIA-Flügel; Tony Benn (links) den „Little-England“-Flügel. *Spartacist Britain* (Nr. 41, April 1982) strebte danach, die Spaltung zu vertiefen. Unten: Spartacist-Banner bei Labour-Parteitag in Brighton, 1983



Workers Hammer

– der zum politischen Mentor von Tony Blair werden sollte und treffend als der Pate von New Labour bezeichnet werden kann – war eine bekannte Figur unter den Spaltern, die die Sozialdemokratische Partei gründeten. Der von Denis Healey geführte Pro-NATO/CIA-Flügel der Partei drohte mit Spaltung, falls Tony Benn, Führer der Labour-„Linken“, die Kontrolle über die Partei übernehmen sollte. Unsere Überschrift „Labour-Spaltung: NATO-, Internationalisten‘, Little-England-, Sozialisten“ war, so Michelson, ziemlich vorausschauend. Jedoch zogen wir aus dieser Analyse zuerst keine taktischen Schlussfolgerungen, und als Benn im April 1981 gegen Denis Healey um den stellvertretenden Vorsitz von Labour antrat, lautete unsere Überschrift: „Benn, Healey: Keine Wahl!“ (*Spartacist Britain* Nr. 34, Juli 1981).

Benn war der Liebling der Pseudotrotzkisten, von denen viele anfangen, sich in die Labour Party zu liquidieren. Michelson erinnerte sich, dass sich Workers Power nicht organisatorisch in die Labour Party auflöste, aber die Linie vertrat, dass man trotzdem immer Labour wählen müsse. Während der Benn-Healey-Auseinandersetzung verlangte Workers Power vom rechten CIA-Flügel einen Treueschwur zu Labour! Im Oktober 1981 veröffentlichten wir ein Vier-Punkte-Programm, worin wir unsere grundsätzliche Opposition zum Benn-Lager mehr als deutlich machten. Einer der Punkte war: „Dem Schwindel der ‚einseitigen nuklearen Abrüstung‘ stellen wir die Forderung ‚Nieder mit der NATO! Verteidigt die Sowjetunion!‘ entgegen.“ Im Zusammenhang mit den Hungerstreiks republikanischer Häftlinge in Nordirland sagten wir: „Gegen Benns historische Unterstützung des PTA [Prevention of Terrorism Act – Gesetz zur Verhinderung von Terrorismus], gegen seine Weigerung, die republikanischen Opfer imperialistischer Unterdrückung in Nordirland zu verteidigen, und gegen seinen proimperialistischen Ruf nach UN-Truppen erklären wir: Keine ‚demokratischen‘ imperialistischen Machenschaften – Truppen raus aus Nordirland, sofort! Freiheit für die republika-

nischen Gefangenen! Nieder mit dem PTA!“ Wir stellten uns gegen Benns Unterstützung von rassistischen Einwanderungs- und Einfuhrkontrollen und wir forderten „Fünfjahrespläne auf Grundlage einer Neuorganisation der Wirtschaft durch Enteignung der Industriellen und Bankiers als Teil einer internationalen sozialistischen Arbeitsteilung aufgrund eines weltweiten Kampfes für proletarische Herrschaft“ (*Spartacist Britain* Nr. 36, Oktober 1981).

Obwohl unsere notwendige programmatische Opposition zu Benn deutlich war, erkannten wir später an, dass es 1981 *taktisch* falsch gewesen war, zu sagen, es gebe „keine Wahl“ zwischen den NATO/CIA-begeisterten „Internationalisten“ und den „Little-England-Sozialisten“. Wir hätten Benn kritische Unterstützung geben sollen, um *den NATO/CIA-Flügel davonzujagen*. In der Folgezeit verbanden wir diese Losung mit: „*Labour kann auch ohne CIA-Connection verraten!*“ Wir strebten an, die Kalte-Kriegs-Spaltung zu vertiefen und Benn und die „Linken“ in Zugzwang zu bringen, um sie zu zwingen, ihr wahres Gesicht als treue Unterstützer der kapitalistischen Herrschaft in Britannien zu zeigen. Das Überdenken unserer Taktik führte zu einem ausgezeichneten propagandistischen Artikel, „*Labour's Cold War*“ [Labours Kalter Krieg] (*Spartacist Britain* Nr. 41, April 1982). Als Ergebnis des Kalten Kriegs, so argumentierten wir, ziehe sich allmählich eine verzerrte und ungleichmäßige Klassenlinie durch die Labour Party hindurch; sollten die Little-England-Gefolgsleute von Benn die Oberhand gewinnen, würde die Labour Party in den Augen der Imperialisten – nicht zuletzt der USA – angesichts des Klimas des antisowjetischen Kriegskurses abwechlerisch erscheinen.

Obwohl Benn das Wettrennen um den stellvertretenden Vorsitz knapp verlor, blieb die Partei höchst instabil. Zur Zeit der allgemeinen Wahlen von 1983 wurde Labour durch Michael Foot von der alten CND-„Linken“ geführt. Dennoch war Denis Healey, der Ex-Schatzkanzler mit jahrzehntelang zurückreichenden CIA-Verbindungen, die graue Eminenz hinter den Kulissen. Wir sagten: „Labour: Keine Antwort auf Tory-Amoklauf!“ Zwar verweigerten wir Labour kritische Unterstützung, aber wir sagten: „Sollte es Labour-Party-Kandidaten geben, die irgendeine wirksame Opposition gegen Labours Kürzungsprogramm des Kalten Kriegs zum Ausdruck bringen möchten, würden wir es aktiv in Erwägung ziehen, ihnen kritische Unterstützung zu geben“ (*Spartacist Britain* Nr. 50, Juni 1983). Wir diskutierten darüber, einen Brief an jeden Labour-Kandidaten zu schicken, um kritische Unterstützung anzubieten, falls der Kandidat sie von uns annehmen würde – und begreifen würde, wofür wir stehen. Das war als Probe des Kalten-Kriegs-Schismas gedacht – die bloße Vorstellung, Unterstützung von einer Organisation anzunehmen, die die Sowjetunion verteidigte, hätte den rechten Flügel in den Wahnsinn getrieben und getestet, ob die Labour-„Linken“ sich der Einheit mit den Rechten unterwerfen würden.

Bei den Wahlen von 1983, die Labour so himmelhoch verlor, dass selbst Benn seinen Sitz nicht behielt, wandten wir diese Taktik nicht an. Jedoch benutzten wir sie Anfang 1984, als Benn bei einer Nachwahl in Chesterfield antrat. Wir schrieben an Benn und machten deutlich, wofür wir standen – einschließlich Verteidigung der Sowjetunion, Truppen raus aus Nordirland –, sowie unsere Forderung, den NATO/CIA-Flügel aus der Labour Party zu treiben. Unsere einzige Bedingung war, dass Benn unsere Unterstützung akzeptieren sollte. Er antwortete uns mündlich und sein Sekretär schrieb uns innerhalb von sieben Tagen einen Brief, in dem es hieß: „Er ist nicht bereit, Unterstützung von Organisationen anzunehmen, die die Labour Party nicht unterstützen.“ Die Tatsache, dass Benn unsere Unterstützung zugunsten der Einheit mit Healey zurückwies, bewaff-

nete uns sehr wirksam während des Bergarbeiterstreiks, denn, wie Michelson sagte, gleich nach Arthur Scargill war Tony Benn für die Bergarbeiter ein „Gott“.

Der Bergarbeiterstreik von 1984/85

Die abschließende Podiumsrednerin, Jill Morris, erinnerte daran, dass unser Verständnis von der Spaltung der Labour Party bezüglich des Kalten Kriegs unsere Intervention in den heroischen Bergarbeiterstreik vorbereitete. Diese Trennungslinie von Labour spiegelte sich in der Gewerkschaftsbürokratie wider, was sich in der Hexenjagd gegen Arthur Scargill bei der TUC-Konferenz 1983 zeigte. Diese Hexenjagd war von der WRP wegen Scargills korrekter Bemerkung, Solidarność sei „antisozialistisch“, angezettelt worden. Der rechte Flügel der Bürokraten verdammt Scargill, während die „Linken“ stillhielten und so an Thatcher das Signal sandten, dass die Bergarbeitergewerkschaft isoliert war.

Von Anfang an sagten wir, dass der Streik erst dann gewonnen werden könne, wenn er auf andere entscheidende Teile der Klasse ausgeweitet würde. Die Hafentarbeiter traten während des Bergarbeiterstreiks *zweimal* in Streik, und in dieser Zeit forderten wir eine „kämpfende Dreierallianz“ aus Eisenbahnern, Bergarbeitern und Hafentarbeitern, die *das Land lahmlegen* sollte. Morris zitierte einen Abschnitt aus *Workers Hammer* Nr. 145, April/Mai 1995, worin es heißt: „Während [Labour-Führer Neil] Kinnock obszönerweise Thatcher nachplapperte, die die Bergarbeiter wegen ‚Gewalt‘ an den Streikpostenkettten anprangerte, begingen die Gewerkschaftsirreführer entweder offenen Streikbruch oder weigerten sich, ihre Mitglieder zusammen mit der NUM zum Streik aufzurufen. Der Grund dafür war im Wesentlichen politisch. Die Kohleindustrie war ein grundlegender Teil der britischen Wirtschaft. Hätten Stahlarbeiter, Eisenbahner, Hafentarbeiter und Kraftwerksarbeiter sich geweigert, Kohle zu bearbeiten, wäre das Land rasch zum Stillstand gekommen. Das hätte die Wirkung eines Generalstreiks gehabt und die Frage aufgeworfen: Wenn das Land nun stillgelegt ist, wer wird es wieder zum Laufen bringen – die Arbeiterklasse oder die Kapitalistenklasse? Kurz gesagt, welche Klasse würde herrschen?“

Unser strategisches Ziel, die Basis der Labour Party von der Spitze zu spalten, erfordert, wie Morris bemerkte, eine Unterstützerbasis in den Gewerkschaften. Sie sagte, dass wir, obwohl unsere Wurzeln in den Gewerkschaften äußerst dürrftig waren, das taten, was wir konnten. Wir hatten zum Beispiel einen Unterstützer, Patrick Sliney, in einem Werk von British Leyland [Fahrzeughersteller] in Birmingham, der dafür kämpfte, Streikbrecherkohle zu boykottieren, weswegen er gefeuert wurde. Morris hatte unsere auf eine Spaltung der Labour Party zielende Propaganda aus der Zeit des Bergarbeiterstreiks untersucht und zitierte einen Artikel aus unserer Presse von 1984, der die Sache recht gut ausdrückte:

„Die Labour Party wird auch durch die zutiefst gegensätzlichen Kräfte der Gesellschaft gespalten, sie reißen die Labour Party auseinander. Wir hegen nicht allzu sehr den Wunsch, dass die Labour Party durch konterrevolutionäre Machenschaften zerrissen wird. Aber wir müssen feststellen, dass es diese Einheit und jene Einheit gibt. Es gibt die Einheit hinter den Kapitalisten und ihren Labour-Lakaien, und die Einheit im Kampf hinter den Bergarbeitern. Man hat die Wahl. Und der linke Flügel der Labour Party serviert weiterhin die Sorte Einheit mit den CIA-Liebhabern und Leuten vom Schlage Neil Kinnocks, die verleumderische Gewaltvorwürfe verbreiten...“

Wir wollen also eine Spaltung in der Labour Party. Aber auf folgende Weise: Nicht einfach durch Zerstörung der Labour Party, unser Ziel ist es nicht, die Labour Party



Fotos: Workers Hammer

September 1984: SL/B-Banner in Brighton (oben) fordert kämpfende Dreierallianz aus Eisenbahner-, Bergarbeiter- und Transportarbeitergewerkschaften, um Land durch Streikaktionen lahmzulegen. Links: Kohlezüge wurden von Eisenbahnern angehalten, weil streikende Bergarbeiter auf Brücke zu Solidaritätsstreik aufriefen

einfach zugrunde zu richten. Wir wollen sie ersetzen, durch eine revolutionäre Partei, die nicht versucht den Kapitalismus zu verwalten, die nicht in die Regierung des kapitalistischen Staates geht, wo sie dann alles tut, was die Tories tun.“ (*Workers Hammer* Nr. 64, Dezember 1984)

Während des ganzen Streiks verurteilten wir Scargill und die Labour-„Linken“ beharrlich, weil sie die Einheit mit den Streikbrechern wie Neil Kinnock aufrechterhielten. In einer Ausgabe unserer Zeitung kurz nach Ende des Streiks 1985 verwandelten wir jedoch diese Verurteilung Scargills wegen Einheit mit Kinnock in eine Kritik an Scargill, dass er nicht gespalten hatte, um eine neue Partei links von Labour zu gründen. In *Workers Hammer* Nr. 68, April 1985, schrieben wir: Wenn die „Linken“ von den Streikbrechern gespalten hätten, „dann hätten wir heute in diesem Land womöglich 100 000, 200 000 der besten Klassenkämpfer in einer Partei organisiert. Sie wäre keine revolutionäre Partei auf Grundlage unseres Programms. Aber sie wäre eine Partei ohne Organisatoren des offenen Streikbruchs, sie wäre eine Partei ohne Streikbrecher. Sie wäre eine Partei, die es nicht begrüßt, dass Lord Chapple und Lord Murray die Hermelinrobe überziehen, sie wäre eine Partei ohne Urabstimmungsfetischisten und Hetzer, die Gewaltvorwürfe verbreiten.“ Im SL/B-Konferenzdokument wird bemerkt, dass wir diese Kritik an Scargill nochmals 2006 in einer öffentlichen Veranstaltung erhoben. Es ist jedoch nicht unser Programm, Scargill zur Gründung einer Partei aufzufordern, die notwendigerweise auf seinem alten Labour-Reformismus basieren würde – d.h. auf Klassenzusammenarbeit und Verrat. Darüber hinaus widerspricht es dem, was wir in unserer Propaganda und unseren Interventionen während des ganzen Streiks vertraten.

Einer der wichtigsten Aspekte unserer Propaganda, so Morris, war es, dass wir durchgängig aufzeigten, wie der Streik – der militanteste Klassenkampf seit dem Generalstreik von 1926 – die Grenzen von Scargills reformistischer Perspektive à la Labour recht deutlich werden ließ. Wir zitierten Scargills Worte auf einer Kundgebung in Nottingham: „Wir werden das Ruder herumreißen und Arbeitslosigkeit in Beschäftigung verwandeln. Wir werden wirtschaftlichen Ruin in wirtschaftliche Erholung verwandeln. Vor allem werden wir den Weg für allgemeine Wahlen ebnen, um eine Labour-Regierung zu wählen“ (*Spartacist Britain* Nr. 58, Juni 1984). Morris verwies auf einen Artikel, der unsere Position folgendermaßen zusammenfasste: „Es

geht nicht darum, den einen oder anderen Fehler zu kritisieren, den Scargill machte, sondern damit klarzukommen, dass er derselben Labour-Perspektive verbunden blieb wie [TUC- und Labour-Führer] Willis und Kinnock und ihresgleichen – dass nämlich die Antwort für die Arbeiterklasse letztlich darin bestünde, eine Labour-Regierung einzurichten, um Britanniens (heruntergekommene) Industrie durch ausgeklügelte reformistische Pläne zu verteidigen.“ Der Artikel stellte außerdem fest:

„Die NUM-Führung unter Arthur Scargill brachte diesen Streik in etwa so weit, wie er innerhalb einer Perspektive von militantem Gewerkschaftsreformismus gehen konnte, und verlor ihn trotzdem. Warum? Weil Militanz allein nicht genug ist. Vom ersten Tag an war es klar, dass die NUM der ganzen Macht des kapitalistischen Staates gegenüberstand. Notwendig war eine in den Gewerkschaften verwurzelte Partei von revolutionären Aktivisten, die bis zum Letzten kämpft, um andere Gewerkschaften für Streikaktionen zusammen mit der NUM zu mobilisieren. Jedoch war alles, was Arthur Scargill hatte, die Labour Party, und die wollte lieber die NUM tot sehen, als einen Kampf zu organisieren, der es mit dem Staat der Bosse aufnimmt.“ (*Workers Hammer* Nr. 67, März 1985)■

Abonniert

Workers Hammer

Zeitung der
Spartacist League/Britain

Jahresabo

€ 7,- (Europa)

€ 10,- (Übersee Luftpost)

inkl. *Spartacist*
(englische Ausgabe)

Bestell bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 23555
10127 Berlin

Konto 11988-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 10060
BIC PBNKDEFF
IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01





Spartakist

Streik bei Opel Bochum im Herbst 2004 zeigte Kampfkraft der Arbeiter und brachte Produktion in GM-Werken in ganz Europa zum Stillstand

GM/Opel-Arbeiter...

Fortsetzung von Seite 1

wiederholt mit Schließung bedroht worden, zuletzt 2004. Die GM-Bosse kündigten die Zusammenlegung der Produktion der Nachfolgemodelle des deutschen Opel Vectra und des schwedischen Saab 9-3 auf einen Standort an und drohten mit der Schließung von Werken. Gegen den Willen der IG-Metall-Führung streikten die Arbeiter von Opel-Bochum spontan, was im Herbst 2004 zeitweise die Produktion von GM in ganz Europa lahmlegte. Statt den Streik der Bochumer auf alle europäischen Standorte zur Verteidigung aller GM-Arbeiter auszuweiten, isolierten die deutschen IG-Metall- und Betriebsratsspitzen den Streik und würgten ihn dann mit bürokratischen Manövern ab. Gleichzeitig boten die Betriebsratsfürsten und Gewerkschaftsführer – sowohl im schwedischen Trollhättan als auch in Bochum und Rüsselsheim – Zugeständnisse bei Arbeitszeit, Löhnen und Zuschlägen an, um die neuen Modelle jeweils für sich zu bekommen.

Nach diesem nationalistischen Wettbewerb unter den sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokraten, wer die meisten Errungenschaften der „eigenen“ Arbeiterbasis im Namen der Sicherung des jeweiligen Standortes ausverkaufen kann, bekam Rüsselsheim den Zuschlag für den Bau der neuen GM-Modelle: „Am Ende war das Geschäftsmodell für Rüsselsheim über die Laufzeit rund 200 Millionen Euro kosteneffektiver als das von Trollhättan“, sagte Fritz Henderson vom europäischen GM-Management (*Focus*, 3. März 2005). Das Ganze wurde den Opel-Arbeitern als „Sicherung von Arbeitsplätzen“ verkauft. Tatsächlich wurden bei GM in den folgenden zwei Jahren weltweit zehn Werke geschlossen, rund 40000 Arbeitsplätze gingen verloren. In Bochum allein sind seit Beginn der 1990er-Jahre durch solcherart „Standort“- und „Zukunftsverträge“ fast drei Viertel der damals 19500 Arbeitsplätze vernichtet worden, Löhne und Arbeitsbedingungen der verbliebenen Arbeiter haben sich massiv verschlechtert.

Wie ein Damoklesschwert hängt nun die Drohung neuer Werksschließungen über den Köpfen aller GM-Arbeiter in den USA wie in Europa. Detroit, einst bekannt als Motor City und Zentrum der US-Autoindustrie, ist nach Jahren von Entlassungen zu einer städtischen Mondlandschaft heruntergekommen, geprägt von Massenarbeitslosigkeit. Eine Schließung von Opel in Deutschland würde 25 700 Arbeits-

plätze bei Opel und noch einmal 50000 bei Zulieferern und Händlern kosten. Was das für Opel-Arbeiter, z.B. in Bochum oder Eisenach bedeutet, wo die Arbeitslosigkeit wie im ganzen Ruhrgebiet bzw. Ostdeutschland im zweistelligen Prozentbereich liegt, ist eine „Zukunft“ von Verelendung durch Hartz IV, dank der von der SPD/Grünen-Regierung unter Schröder bei Tolerierung durch die sozialdemokratische DGB-Gewerkschaftsbürokratie eingeführten Agenda 2010. Die Arbeiter im GM-Werk in Gliwice in Polen, das wie die Ex-DDR von der Konterrevolution verwüstet wurde, bekämen nicht einmal das: Dort gibt es maximal anderthalb Jahre höchstens kümmerliche 125 € Arbeitslosengeld.

Wir stehen am Beginn eines Überlebenskampfes zwischen den großen Autokonzernen. Der Kampf geht darum, wer von den Bossen durch Entlassungen, Lohndrückerei usw. die Kosten

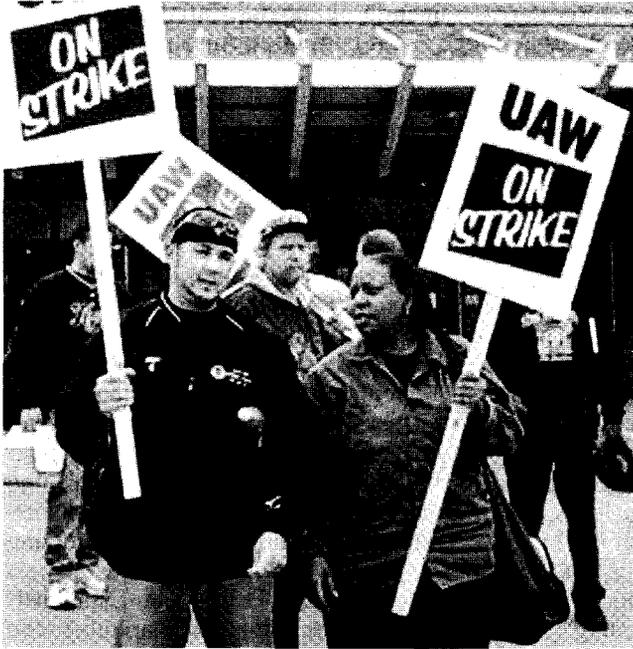
und Überkapazitäten im Vergleich zur Konkurrenz am erfolgreichsten runterschrauben kann, um sich angesichts des massiv einbrechenden Absatzmarktes zu behaupten. Dabei wird sich die existierende Monopolisierung durch Bankrotte und Fusionen verstärken. Und die reformistischen Arbeiterleutnants der Bourgeoisie stehen ihren jeweiligen Bossen zur Seite. Das ist der Weg zur Hölle für *alle* Arbeiter, die damit in einen Unterbietungswettkampf gegeneinander geführt werden, bei dem sie nur verlieren können. Es ist dem dringend notwendigen internationalen Klassenkampf entgegengesetzt, durch den allein die Arbeiter ihre Interessen behaupten können.

In dieser Krise kollidieren die elementarsten Interessen der Arbeiterklasse mit den schrumpfenden Möglichkeiten des Kapitalismus. Im Rahmen des Kapitalismus werden „zu viele“ Autos produziert, d. h. mehr Autos, als die Kapitalisten gewinnbringend verkaufen können. In diesem irrationalen Ausbeutersystem führt die „Überproduktion“ von Waren zur Vernichtung von Produktivkräften und zu Armut und Elend der produzierenden Klasse, der Arbeiter. Die Arbeiter können ihre Interessen nicht erfolgreich verteidigen, wenn sie ihre Forderungen auf das beschränken, was für das kapitalistische Profitsystem akzeptabel ist. Aber genau das macht die prokapitalistische Führung der Gewerkschaften.

Dringend notwendig, um die Serie der Ausverkäufe und Niederlagen zu beenden und umzudrehen, ist es, die Arbeiterklasse mit einem Programm des Klassenkampfes gegen die Bankiers und Industriebosse zu bewaffnen. Dieses Programm muss darauf ausgerichtet sein, den verfaulenden Kapitalismus durch proletarische Revolution zu zerschlagen und durch eine rational geplante sozialistische Wirtschaft auf internationaler Ebene zu ersetzen. Ein sozialistisches Wirtschaftssystem würde die Produktivkräfte entwickeln, um die Bedürfnisse aller Menschen maximal zu befriedigen, statt sie den Profitinteressen einer winzigen unglaublich reichen Minderheit, der herrschenden Kapitalistenklasse, unterzuordnen.

Nein zu nationalistischem Protektionismus!

Opel-Gesamtbetriebsratschef Klaus Franz trommelt an vorderster Linie für staatliche Geschenke an die Opel-Bosse. Direkt damit verbunden kämpft er dafür, dass Opel unabhängiger von GM wird: „Wir müssen sicherstellen, dass Kredite, die wir auf Basis der Bürgschaft bekommen, ausschließlich für Standort- und Beschäftigungssicherung



Fotos: Reuters

Links: Streikende UAW-Gewerkschafter vor Chrysler-Werk in Michigan, USA, Oktober 2007. Rechts: Protest von GM-Arbeitern in Strasbourg gegen vorübergehende Werksschließungen, Oktober 2008. Auf Banner steht: „Schützt unsere Arbeitsplätze und Löhne, nicht das Vermögen der Aktionäre“

bei Opel genutzt werden und nicht in die USA abfließen“ (*Auto Motor und Sport*, 12. Dezember 2008). Es gibt eine nationale Einheit zur Rettung der *deutschen* GM-Standorte, die von den bürgerlichen Parteien, CDU/CSU, FDP und Grünen, bis zu den bürgerlichen Arbeiterparteien SPD und LINKE sowie den mit ihnen verbundenen Gewerkschaftsführungen reicht.

Angesichts der Drohung von massiver Arbeitsplatzvernichtung, die eine Pleite von GM/Opel mit sich bringen würde, finden die Vorstöße für eine staatliche Rettung Widerhall in der Arbeiterklasse. Dies ist ein fataler Irrtum, denn welche Lösung der Krise bei Opel auch immer die Kapitalisten und ihre Regierung unter sich aushandeln, sicher ist, dass es auf dem Rücken der Arbeiter ausgetragen wird. Franz und die IG-Metall-Spitzen haben schon ihre Bereitschaft signalisiert, im Gegenzug für ein Rettungspaket den Kürzungsplänen des GM-Managements entgegenzukommen.

Die Rettung von Chrysler 1979 sollte ein warnendes Beispiel sein, wo die Führung der US-Autogewerkschaft United Auto Workers (UAW) den Arbeitern Zugeständnisse abgepresst hat unter der Drohung, dass sie sonst ihre Jobs verlieren würden. Wie unsere amerikanischen Genossen der Spartacist League/U.S. schrieben: „Chrysler wurde nicht geschlossen, erhöhte seine Profitabilität, während zehntausende Arbeiter ihre Arbeitsplätze verloren, und diejenigen, die blieben, wurden unaufhörlich zu höherer Produktivität angetrieben. Für seine Dienste bekam der UAW-Führer Doug Fraser einen Sitz im Chrysler-Aufsichtsrat. Im Verlauf von 25 Jahren haben GM, Ford und Chrysler mehr als 700 000 Arbeitsplätze in den USA vernichtet, wodurch die Mitgliedschaft der UAW von 1,6 Millionen auf 500 000 sank, von denen lediglich 150 000 für die Großen Drei arbeiten“ (*Workers Vanguard* Nr. 926, 5. Dezember 2008). Im selben Artikel erklärten sie: „Als Marxisten, deren Ziel es ist, die revolutionäre Partei aufzubauen, die die Arbeiterklasse im Kampf zum Sturz des kapitalistischen Systems der Lohnsklaverei führen kann, sind wir gegen die Rettung der Autobosse.“ Das gilt genauso für unsere Haltung zu einem Rettungspaket für Opel.

Hand in Hand mit der Mobilisierung der Arbeiter für Staatsgelder zugunsten der Autobosse schüren insbesondere die Gewerkschaftsspitzen und die Linkspartei nationalistischen Protektionismus unter den Arbeitern. Damit werden die Arbeiter in Deutschland gegen ihre Klassenbrüder in den USA, Schweden, Britannien, Osteuropa und Mexiko

ausgespielt sowie die Belegschaften der einzelnen Standorte untereinander, wodurch sie alle den Interessen der Kapitalisten untergeordnet werden. Damit wird weiteren Ausverkäufen und Niederlagen der Gewerkschaft der Weg bereitet. Der Beitrag des Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im hessischen Landtag, Van Ooyen, illustriert dies, als am 19. November 2008 alle Parteien der staatlichen 500-Millionen-Bürgerschaft des Landes zustimmten. Van Ooyen kündigte an, dafür zu sorgen, „dass die staatlichen Gelder ausschließlich zur Sicherung hessischer Arbeitsplätze und Standorte eingesetzt werden“ (*Pressemitteilung*, 18. November 2008). So lautet die sozialdemokratische Logik des Protektionismus: Kein hessischer Cent für Bochum oder Eisenach, kein NRW-Geld für die Rüsselsheimer und alle gemeinsam gegen die amerikanischen und anderen Standorte.

Es ist auffällig, dass von IG-Metallspitzen und Betriebsratsführern bis zur Linkspartei kein Wort der Solidarität mit den amerikanischen Autoarbeitern und ihrer Gewerkschaft, der UAW, fällt, denen die Bosse gerade den Krieg erklären. Beispielsweise schrieb die *New York Times* (22. November 2008): „Es ist entscheidend, dass General Motors die Möglichkeit hat, seine Verträge sowohl mit den Gewerkschaften als auch seinen Händlern zu brechen. Sie müssen ihre Sozialleistungen an ehemalige Angestellte dramatisch reduzieren, womöglich gar die Krankenversicherungen für Gewerkschaftsmitglieder im Ruhestand streichen. Sie müssen Betriebe schließen. Sie müssen ihren Arbeitern das bezahlen, was Arbeiter bei Toyota in den USA bekommen – und keinen Cent mehr.“

Die Antwort der UAW-Spitzen ist die gleiche nationalistische Klassenzusammenarbeit wie die von der IG-Metall-Führung hier. Sie helfen den eigenen Bossen, Rettungspakete zu erpressen, und sie brüsten sich vor den kapitalistischen Politikern damit, wie sie bei den letzten Tarifverhandlungen Zugeständnisse von fast 10 Milliarden Dollar bei Löhnen und Zuschlägen und von 30 Milliarden Dollar bei der Krankenversicherung für Ruheständler machten. Dies alles im Namen der „Wettbewerbsfähigkeit unserer Firmen“ und um „amerikanische Jobs“ zu retten. Während sie bei den Arbeitern der „Großen Drei“ US-Autokonzerne Ausverkäufe durchdrückten, krümmten sie keinen Finger, um die Arbeiter bei den ausländischen Autofabriken wie Toyota, BMW und Daimler, die überwiegend in den gewerkschaftsfreien Südstaaten errichtet wurden, zu organisieren. Die IG-Metallspitzen, die wie die UAW-Spitzen nationalistisch gegen „Verlagerungen“ und „Billiglohn-



Herp Lang/DDP

Autoverladung in Bremerhaven: Wirtschaftsbasis des deutschen Imperialismus hängt wesentlich vom Exportmarkt ab

konkurrenz“ – vor allem in Osteuropa und Asien – hetzen, unternahmen auch nichts zur gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter, die in anderen Ländern von deutschen Bossen ausgebeutet werden. Statt Klassenkampf in Solidarität mit der UAW zu organisieren, schürt die IG-Metall-Führung wie die UAW-Spitzen tödliche Illusionen in bürgerliche Politiker wie den frisch gewählten US-Präsidenten der Demokraten, Barack Obama. „Obama will Gewerkschaften stärken“, heißt es in der *Metall*-Ausgabe vom Dezember 2008.

Organisiert die Unorganisierten!

Auch wenn es keine einfachen gewerkschaftlichen Lösungen für die jetzige Lage der Autoarbeiter gibt, stellen sich doch eine Reihe von Herausforderungen, die dringend angepackt werden müssen, um die Kampfkraft der Arbeiterklasse zu verteidigen. Beispielsweise sollen jetzt bei einem Großteil der 200.000 Leiharbeiter in der Metallindustrie nicht mehr die Verträge verlängert werden. Für die gleiche Arbeit bekommen sie 30 bis 40 Prozent weniger Lohn und

leben unter der ständigen Drohung der Entlassung, was die Bosse als Rammbock zur verschärften Ausbeutung *aller* im Betrieb ausnutzen.

Die Gewerkschaften wurden gerade deshalb gegründet, damit die Arbeiter der geballten Macht der Bosse nicht vereinzelt als gegeneinander konkurrierende Individuen gegenüberstehen, sondern vereint als Klasse ihre gemeinsamen Interessen vertreten. Notwendig ist die Organisation der Unorganisierten in die Gewerkschaften, basierend auf dem Kampf für die Übernahme der Leiharbeiter zu den Tarifbedingungen der Stammebelegschaften, d. h. gleich *hoher* Lohn für gleiche Arbeit, gleiche Arbeitsbedingungen und unbefristete Arbeitsverträge. Um die Profite zu erhöhen, lassen die Kapitalisten immer weniger Arbeiter immer länger und härter schuften. Die Gewerkschaften müssen Arbeiter und Arbeitslose im Kampf gegen die Bosse in gegenseitiger Solidarität mobilisieren. Es ist notwendig, den Kampf für eine radikale Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich aufzunehmen, um die vorhandene Arbeit auf alle Hände aufzuteilen.

Doch genau die reformistische Politik der „Standortsicherung“ hat, insbesondere seitdem die kapitalistische Wiedervereinigung 1990 eine Flut von Angriffen durch die Bosse hervorrief, zur Zerlöcherung der Tarifverträge und immer schlimmeren Aufspaltung der Belegschaften geführt. Das sind die bitteren Früchte der Konterrevolution, der kapitalistischen Einverleibung der DDR. Seit Anfang der 1990er-Jahre hat sich die Zahl der Leiharbeiter insgesamt fast *verfünffacht* auf mehr als 745.000! Die Betriebsräte von sämtlichen großen deutschen Autokonzernen haben dazu Vereinbarungen mit den Ausbeutern getroffen, und zwar immer mit dem Versprechen, das würde die Jobs sichern. 2003 würgten sie gemeinsam mit den IG-Metallspitzen den Ostmetallerstreik für die Einführung der 35-Stunden-Woche ab, da die Produktion in „ihren“ Betrieben beeinträchtigt wurde.

Wie verhängnisvoll diese Klassenkollaboration und Standortpolitik für die Interessen der Arbeiter sind, zeigte 2007 das Beispiel des Verrats an den VW-Arbeitern in anderen Ländern. Nach Zugeständnissen der Wolfsburger IG Metall an die VW-Bosse bei Löhnen und Arbeitszeit wurde die Produktion von Modellen aus Brüssel und Südafrika nach Wolfsburg verlagert und mehr als die Hälfte der Stellen in Brüssel gestrichen. Und alle VW-Arbeiter, auch die in Wolfsburg, bezahlen dafür. 2001 stimmten die IG-Metallspitzen dem Projekt „5000 mal 5000“ des damaligen SPD-Bundeskanzlers Schröder zu, wonach knapp 5000 Arbeiter – hauptsächlich aus dem von Massenarbeitslosigkeit besonders betroffenem Ostdeutschland – bei Volkswagen in Wolfsburg auf dem Niveau des Flächentarifvertrags, der 20 Prozent und mehr unterhalb des damaligen VW-Haustarifvertrags lag, zu schlechteren Arbeitsbedingungen eingestellt wurden. Das Ganze wurde mit dem Argument verkauft, „Arbeitsplätze zu schaffen“, womit in Wirklichkeit die schwächsten Teile der Arbeiterklasse ausverkauft wurden, während die stärkeren Teile als Gegenleistung für Klassenfrieden erstmal verschont oder weniger getroffen wurden. Das Ergebnis ist heute, sieben Jahre später, deutlich zu sehen: Die schlechteren Bedingungen gelten für die gesamte VW-Belegschaft. So berichtet die *Süddeutsche Zeitung* (4. November 2008) über das Ende des Projekts: „Dennoch verursacht der Übergang der Beschäftigten in den Haustarifvertrag VW kaum Zusatzkosten, weil der Tarifvertrag seit 2001 grundlegend verändert wurde und heute die Bezahlung auf dem Niveau des Flächentarifvertrages liegt.“

Die Gewerkschaftsbürokraten sind, wie der amerikanische Sozialist Daniel De Leon Anfang des 20. Jahrhunderts treffend bemerkte, die „Arbeiterleutnants des Kapitals“. Ihre grundlegende Politik basiert auf der Verteidigung des Kapitalismus und der Lüge, die Arbeiter hätten gemeinsame In-

teressen mit ihren Ausbeutern, den Kapitalisten (z. B. „Arbeitsplätze zu sichern“). Der Führer der Russischen Revolution 1917, Wladimir I. Lenin, identifizierte die materiellen Wurzeln dieser prokapitalistischen Führung in bestimmten Schichten der Arbeiterklasse, „für die ein kleiner Teil der Profiteure aus der Ausbeutung der Kolonien und aus der privilegierten Lage ihres ‚Vaterlands‘ auf dem Weltmarkt abfiel“ („Die Konferenz der Auslandssektion der SDAPR“, März 1915).

Auch deswegen bezahlen besonders die schwächsten Teile der Arbeiterklasse – Frauen, eingewanderte Arbeiter, Jugendliche – den höchsten Preis für den Verrat der Reformisten im Namen des „Standorts“. So sind Arbeiter mit Migrationshintergrund doppelt so stark von Arbeitslosigkeit betroffen und doppelt so stark unter Leiharbeitern vertreten. Gleichzeitig sind die eingewanderten Arbeiter und ihre hier geborenen Kinder und Enkel ein strategischer Bestandteil der deutschen Industriearbeiterklasse, heute haben 27 Prozent der 11,5 Millionen Industriearbeiter in Deutschland einen Migrationshintergrund. Sie stehen in den Klassenkämpfen oft in vorderster Reihe mit ihren deutschen Klassenbrüdern. Ursprünglich wurden sie von der westdeutschen Bourgeoisie in den 60er-Jahren als „Gastarbeiter“ geholt, um die schwersten, dreckigsten und gefährlichsten Arbeiten zu Niedriglöhnen zu erledigen. Zuerst wurden sie von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokraten bestenfalls ignoriert oder als Billiglohnkonkurrenz bekämpft. Durch ihre Teilnahme an Klassenkämpfen an vorderster Front, wie bei dem von türkischen und kurdischen Arbeitern geführten wilden Streik bei Ford in Köln 1973, erkämpften sich eingewanderte Arbeiter Rechte in den Gewerkschaften, die ihnen zuvor von der sozialdemokratischen DGB-Führung vorenthalten waren.

Der Kampf für die Organisierung der Unorganisierten ist untrennbar verbunden mit dem Kampf, die Macht der *gesamten* Arbeiterbewegung für volle Staatsbürgerrechte für alle, die hier leben, und gegen Diskriminierung wie das Arbeitsverbot gegen osteuropäische Arbeiter zu mobilisieren, sowie gegen Naziterror und staatliche Repression. Insgesamt brauchen wir einen politischen Kampf innerhalb der Gewerkschaften, um die sozialdemokratische Führung durch eine klassenkämpferische zu ersetzen. Dies geht mit der Schmiedung und Organisierung einer revolutionären multiethnischen Arbeiterpartei einher, die als Volkstribun dafür kämpft, die Arbeiter allseitig gegen jegliche Unterdrückung durch dieses kapitalistische System, welche Klasse oder Schicht sie auch betreffen mag, zu mobilisieren.

Revolution vs. Reform

Wir Trotzlisten sind kompromisslose Gegner von „Standort-Deutschland“-Nationalismus und den anderen Varianten des Protektionismus in den imperialistischen Ländern wie Deutschland, den USA oder Japan. Während Protektionismus eine mögliche Strategie für die Bourgeoisie ist, bedeutet er für die Arbeiterklasse dieser Länder, sich den imperialistischen Bestrebungen der „eigenen“ Ausbeuter unterzuordnen und der Möglichkeit einer proletarischen Revolution abzuschwören. Entgegen den nationalistischen Fallen aller Reformisten kämpfen wir dafür, dass die Arbeiterbewegung die Worte des *Kommunistischen Manifests* auf ihr Banner schreibt: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“



Fotos ohne Bildnachweis

Köln Ford-Streik, August 1973: Legendarer Kampf türkischer, kurdischer Arbeiter (ein Drittel der Belegschaft), ohne Unterstützung von Betriebsrat und IG Metall. Polizei und Werkschutz beendeten brutal diesen Streik

Die Linkspartei überholte alle anderen Parteien beim Schüren nationalistischer Klassenzusammenarbeit angesichts der Opelkrise. So forderte Parteivorstandsmitglied und Thüringer Ministerpräsidentenkandidat Bodo Ramelow in der *Tagesschau* am 16. November 2008 im Gegenzug für deutsche Bürgschaften, „dass Opel wieder zu einer deutschen Marke wird, d. h. mit einer Mitarbeiterbeteiligung und mit einer Länderbeteiligung“. Was hier zum Ausdruck kommt, ist das ebenso reaktionäre wie utopische Programm der Linkspartei, einen deutschen, sozialen „Kapitalismus in einem Land“ aufzubauen.

Ramelow und die LINKE verbreiten die Lüge, der kapitalistische Staat stehe über den Klassen und könne den Interessen der Arbeiter dienen. Eine Verstaatlichung von bankrotten Unternehmen durch den kapitalistischen Staat bedeutet lediglich, dass der Staat direkt die Ausbeutung der Arbeiter verschärft. Historisch werden solche Verstaatlichungen im Kapitalismus nur angesichts drohender Zusammenbrüche strategisch wichtiger kapitalistischer Konzerne durchgeführt, wie es beispielsweise aktuell der Fall ist bei den Teilverstaatlichungen von Banken in den USA und Britannien. So werden die Arbeiter doppelt für die Verluste der in Schwierigkeiten geratenen Kapitalisten zur Ader gelassen. Einmal durch Steuergelder, die den Kapitalisten in den Rachen gestopft werden, und dann, um die Betriebe wieder für die Kapitalisten profitabel zu machen.

Man schaue sich nur an, wie das SPD/LINKE-regierte Bundesland Berlin die Tarifverträge im öffentlichen Dienst gebrochen hat und Abertausende auf die Straße warf, während es die Hartz-IV-Armuts Gesetze vollstreckte, um die Berliner Bankgesellschaft zu sanieren. Die Bochumer Opel-Arbeiter können darüber sicher auch ein Lied anstimmen, wurde das Werk doch inmitten des deindustrialisierten Ruhrgebietes errichtet, wo mittels staatlicher Sanierungsprogramme Milliarden in den Bergbau und die Stahlindustrie gestopft wurden. Dies stoppte zwar nicht die Reduzierung der Arbeitsplätze im Bergbau von 473 000 in den 1950er-Jahren auf heute 30 000, jedoch konnten sich die Industriebosse dabei dumm und dämlich verdienen. Diese Erfahrung wirft auch ein Licht auf die sozialdemokratische „Mitbestimmung“, die auf der Illusion basiert, man könne den grundlegenden Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit versöhnen. Die „Mitbestimmung“ in der Montanindustrie schuf Arbeitsdirektoren und brachte als Arbeitervertreter Gewerkschaftsbosse und Betriebsratsfürsten in die Aufsichtsräte, womit sie eingekauft und korrumpiert wurden. Als Gegenleistung durften sie Entlassungen und Rationalisierungen zustimmen und sie der Arbeiterbasis verkaufen. Auf das



Mayall/Progress

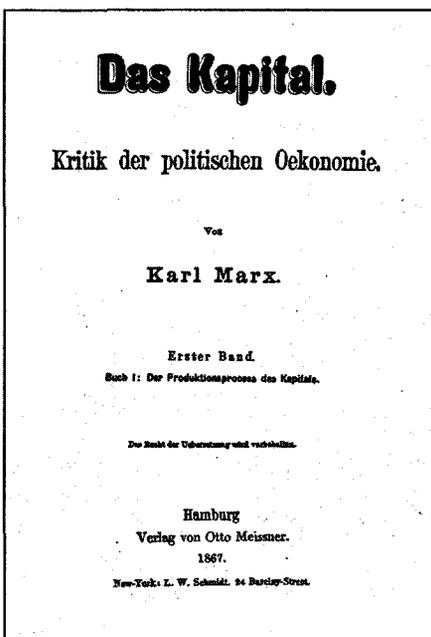
Karl Marx, London 1872. Marx' Kapital legte Grundlage für ein wissenschaftliches sozialistisches Verständnis des kapitalistischen Systems

Gleiche läuft nun der von Lafontaine geforderte Ausbau der Mitbestimmung hinaus, mit der die Arbeiter in die kapitalistische Krisenbewältigung eingebunden werden sollen.

Opel-Gesamtbetriebsrat Franz lehnte die Vorschläge für eine staatliche Beteiligung mit dem Spruch ab: „Von einem VEB Opel halte ich wenig“ (*Handelsblatt*, 19. November 2008). Franz drückt die antikommunistische Feindschaft der Sozialdemokratie gegen die volkseigenen Betriebe des bürokratisch deformierten Arbeiterstaats DDR aus. Diese Feindschaft der sozialdemokratischen Bonzen wie Franz kommt von ihrer Loyalität gegenüber den kapitalistischen Ausbeutern. Die LINKE teilt grundlegend diese Loyalität. Lafontaine und andere WASG-Spitzen wünschen sich eine Rückkehr zur „guten alten“ SPD zur Zeit des antisowjetischen Kalten Kriegs und die WASG hat in ihrer Anfangsphase keine Gelegenheit ausgelassen, gegen die DDR zu hetzen. Der andere Bestandteil der LINKEN, die ehemalige PDS, entstand durch die Unterstützung für den Ausverkauf der DDR durch Gorbatschow 1990 an den westdeutschen Imperialismus.

Im Gegensatz dazu haben wir die DDR und Sowjetunion bedingungslos militärisch gegen die Imperialisten und innere kapitalistische Konterrevolution verteidigt. Diese Staaten waren bürokratisch deformierte bzw. degenerierte Arbeiterstaaten, in denen die Bourgeoisie als Klasse enteignet worden war. Sie stellten damit einen gewaltigen historischen Fortschritt dar. Die Existenz einer kollektivierten Wirtschaft ermöglichte soziale Errungenschaften wie die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, Gesundheitsversorgung für alle usw. Doch politisch herrschte eine stalinistische Bürokratie, die antirevolutionär, nationalistisch und konservativ war, und nicht, wie im jungen Sowjetstaat, der durch die Oktoberrevolution 1917 geschaffen worden war, die Arbeiterklasse mittels Arbeiterräten. Aufgrund der bitteren Armut und Rückständigkeit Sowjetrusslands und der anhaltenden Isolation der Revolution riss eine Bürokratie unter Führung Stalins in einer politischen Konterrevolution 1923/24 die Macht an sich.

Sie vertrat das Programm vom „Aufbau des Sozialismus in einem Land“, eine reaktionäre Utopie. In der DDR predigten Ulbricht und Honecker die friedliche Koexistenz mit dem westdeutschen Imperialismus und wiesen jede Möglichkeit, die westdeutsche Arbeiterklasse zur sozialistischen Revolution zu mobilisieren, von sich. Aber wie zwei Weltkriege



blutig zeigten, sind die Produktivkräfte der kapitalistischen Gesellschaft längst über die nationalen Grenzen hinausgewachsen. Die Produktivkräfte einer sozialistischen Gesellschaft müssen im Vergleich zur kapitalistischen Gesellschaft höher entwickelt sein. Wie Trotzki erklärte: „Sich das Ziel zu stecken, eine *national isolierte* sozialistische Gesellschaft aufzubauen, bedeutet, trotz aller vorübergehenden Erfolge, die Produktivkräfte, sogar im Vergleich zum Kapitalismus, zurückzerren zu wollen.“ Wir kämpfen für die Perspektive der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa, als Teil einer weltweiten Planwirtschaft.

Die stalinistischen Bürokratien waren von sich aus unfähig, eine Planwirtschaft mit hoher Produktivität und Qualität zu führen. Trotzki erklärte schon 1936 in *Die verrätene Revolution* die Notwendigkeit einer proletarisch-politischen Revolution – Sturz der stalinistischen Bürokratie und Wiedererrichtung von Arbeiterrätedemokratie – zur Überlebensfrage für Planwirtschaft und den sowjetischen Arbeiterstaat und betonte:

„In einer nationalisierten Wirtschaft setzt Qualität Demokratie für Erzeuger und Verbraucher, Kritik- und Initiativefreiheit voraus, d.h. Bedingungen, die mit einem totalitären Regime von Angst, Lüge und Kriecherei unvereinbar sind...“

Die Sowjetdemokratie ist keine Forderung der abstrakten Politik, und erst recht nicht der Moral. Sie ist für das Land zu einer Frage auf Leben und Tod geworden.“

Dabei muss jeder Kampf für proletarisch-politische Revolution auf der bedingungslosen militärischen Verteidigung des Arbeiterstaats gegen Imperialismus und innere Konterrevolution basieren. (Siehe auch „Vereint in Protektionismus und Antikommunismus: WASG fusioniert mit PDS“, *Spartakist* Nr. 166, Frühjahr 2006.) Heute ist dieses trotzkistische Programm besonders wichtig gegenüber den verbliebenen deformierten Arbeiterstaaten China, Kuba, Nordkorea und Vietnam.

Wenn man sich die bürgerliche Propaganda und Aufregung über Opel und die Autoindustrie anhört, bekommt man den Eindruck, als ob sich die Kapitalisten händeringend darum bemühen, Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten. SPD, Linkspartei und Gewerkschaftsführung tragen ihren Teil dazu bei, genau so wird erbärmlichste Klassenzusammenarbeit verkauft. Die Funktion der Leiharbeit in der Autoindustrie zeigt klar, dass dies dreiste Vertuschung ist. So schrieb *Spiegel online* (21. November 2008): „Auto-Experte Ferdinand Dudenhöffer rechnet damit, dass von den momentan geschätzt 100 000 bei Autoherstellern und Zulieferfirmen beschäftigten Zeitarbeitern bis Mitte kommenden Jahres nur 20 000 übrig bleiben. ‚Vielleicht auch weniger, vielleicht auch gar keine‘, sagt Dudenhöffer. ‚Das ist der Fluch der Flexibilität in der Zeitarbeit.‘ Dieser Fluch habe allerdings auch eine positive Seite: ‚Wenn es die Zeitarbeit nicht gäbe, würden die Unternehmen kaputtgehen‘, sagt Dudenhöffer.“

Diese gesetzliche Notwendigkeit im kapitalistischen System, eine Reservearmee der Arbeitslosen (Surplusarbeiterpopulation) zu produzieren, wurde schon 1864 von Marx im ersten Band vom *Kapital* erläutert:

„Wenn aber eine Surplusarbeiterpopulation notwendiges Produkt der Akkumulation oder der Entwicklung des Reichtums auf kapitalistischer Grundlage ist, wird diese Übervölkerung umgekehrt zum Hebel der kapitalistischen Akkumulation, ja zu einer Existenzbedingung der

kapitalistischen Produktionsweise. Sie bildet eine dispo- nible industrielle Reservearmee, die dem Kapital ganz so absolut gehört, als ob es sie auf seine eignen Kosten groß ge- züchtet hätte. Sie schafft für seine wechselnden Ver- wertungsbedürfnisse das stets bereite exploitable Men- schenmaterial, unabhängig von den Schranken der wirk- lichen Bevölkerungszunahme.“

Sowohl die bürgerliche Propaganda als auch die Klassen- zusammenarbeit der Reformisten im Namen der „Rettung von Jobs“ haben genau einen Zweck: die Arbeiterklasse vom Gedanken abzuhalten, das kapitalistische Privateigent- um anzugreifen.

Im Übergangsprogramm, 1938 vom bolschewistischen Führer Leo Trotzki inmitten der Großen Depression der USA geschrieben, werden eine Reihe von Forderungen auf- gestellt, die die ökonomische Katastrophe, die die Arbeiter unmittelbar bedrohte, beantworten und die „stets zu ein und demselben Schluss führen: zur Machteroberung des Proletariats“. Angesichts von Massenarbeitslosigkeit forderte Trotzki eine verkürzte Arbeitswoche ohne Lohnverlust, um die vorhandene Arbeit auf alle Hände zu verteilen, ein massives Programm öffentlicher Arbeiten und die Kopplung der Löh- ne an die Preissteigerungen zum Schutz vor der Inflation. Um die Ausbeutung, Räubereien und den Betrug der kapi- talistischen Eigentümer und die Betrügereien der Banken aufzudecken, argumentierte er, dass die Arbeiter die Offen- legung der Bücher der Kapitalisten fordern sollen, um „vor den Augen der gesamten Gesellschaft die unsägliche Ver- geudung menschlicher Arbeit offenzulegen, die das Ergeb- nis der kapitalistischen Anarchie und der wilden Jagd nach Profit ist“. Trotzki forderte die entschädigungslose Enteignung von bestimmten strategischen Industrien und von Gruppen der parasitärsten Kapitalisten und betonte dabei, dass solche Forderungen unbedingt mit dem Kampf um die Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse verbunden werden müssen. Dies steht im Gegensatz zu den Forde- rungen der stalinistischen und sozialdemokratischen Irre- führer, für die der Ruf nach Verstaatlichungen lediglich ein Rezept für die Rettung kapitalistischer Konzerne ist.

Gegen die Kapitalisten und ihre reformistischen Agenten argumentierte Trotzki:

„Kann der Kapitalismus die Ansprüche nicht befriedi- gen, die sich unvermeidlich aus den von ihm erzeugten Übeln ergeben, dann mag er zugrunde gehen. Ob jene Forderungen ‚realistisch‘ oder ‚unrealistisch‘ sind, ist hierbei eine Frage des Kräfteverhältnisses und kann nur durch den Kampf entschieden werden. Durch diesen Kampf, welche unmittelbaren praktischen Erfolge er auch erzielen mag, werden sich die Arbeiter am besten von der Notwendigkeit überzeugen, die kapitalistische Sklaverei zu beseitigen.“

Für eine revolutionäre Arbeiterpartei!

Der Großteil der „marxistischen“ Linken ist damit be- schäftigt, DIE LINKE aufzubauen, und hilft dabei, das sozial- demokratische Programm der LINKEN von Antikommunis- mus und Protektionismus voranzutreiben. Die Gruppe Ar- beitermacht (GAM) tut sich gegenüber anderen dadurch hervor, dass sie die „Standort-Deutschland“-Politik von der LINKEN und der Gewerkschaftsführung als „nationalbor- niert und spalterisch“ kritisiert (*Infomail*, 19. November 2008). Aber was sind die Forderungen der GAM? Revolution kommt nicht vor und die weitestgehende Forderung lautet: „Entschädigungslose Enteignung von Opel sowie aller Un- ternehmen, die mit Schließungen und Stilllegungen drohen! Fortführung und Reorganisation des Betriebes unter Arbei- terkontrolle!“ Die Worte „entschädigungslos“ und „Entei- gnung“ mögen zwar linker klingen als „staatliche Beteiligung“ der offiziellen LINKEN, aber die GAM beschränkt sich hier

auf Unternehmen, die in wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind. Solche Konzerne würden im Rahmen des Kapitalismus unter welcher Verwaltung auch immer – staatlich, privat, Ar- beiterkontrolle oder ein Gemisch davon – nur auf Kosten der Belegschaft und ihrer Errungenschaften sanierbar sein. Und so ist die „Arbeiterkontrolle“ der GAM nur eine radikaler klingende Version der „Mitarbeiterbeteiligung“ der LIN- KEN und hat nichts zu tun mit der Errichtung einer Doppel- herrschaft von Arbeitern gegen kapitalistisches Management auf Betriebsebene im Rahmen einer revolutionären Mobili- sierung der Arbeiterklasse. Daher überrascht es nicht, dass die GAM Bodo Ramelow lobt, weil er „immerhin ‚eine Betei- ligung‘ der Länder an betroffenen Firmen für Unterstüt- zungsgelder vorgeschlagen“ hat, und zum hessischen Ret- tungspaket kritisiert sie lediglich, dass von der LINKEN für ihre Zustimmung „keine Bedingungen gestellt werden, ge- schweige denn Forderungen nach Enteignung und Verstaat- lichung“. Die Kritik der GAM läuft darauf hinaus, die LIN- KE nach links zu drücken, für einen kämpferischeren Refor- mismus. Damit sind sie ein Hindernis dazu, Linke und Arbei- ter von der Sozialdemokratie zu brechen.

Wie Trotzki in seinem letzten unvollendeten Werk *Die Gewerkschaften in der Epoche des imperialistischen Nieder- gangs* (August 1940) ausführte: „Die Gewerkschaften in un- serer Epoche können entweder als Hilfsinstrumente des im- perialistischen Kapitalismus dienen, um die Arbeiter unter- zuordnen, sie zu disziplinieren und die Revolution zu verhin- dern, oder sie können im Gegenteil die Instrumente der revolutionären Bewegung des Proletariats werden.“ Die Ar- beiterklasse steht vor zwei Alternativen. Einmal die Anpas- sung der Gewerkschaftsbürokratie an das, was möglich und „machbar“ im Kapitalismus ist, was die Arbeiterklasse nur tiefer in die Sackgasse führt. Oder es gibt die revolutionäre Strategie, die wir Marxisten vorschlagen. Im Verlauf scharfen Klassenkampfes und durch geduldige Aufklärung über die Natur der kapitalistischen Gesellschaft wird die Arbeiter- klasse das Bewusstsein über ihre eigenen historischen Inter- essen erlangen und dadurch als *Klasse für sich* für ihre eige- nen Interessen und die aller Unterdrückten kämpfen.

Solches Bewusstsein erfordert einen politischen Aus- druck. Das bedeutet eine revolutionäre multiethnische Ar- beiterpartei, die nicht nur dafür kämpft, die gegenwärtigen Bedingungen der Arbeiterklasse zu verteidigen und zu ver- bessern, sondern mit dem gesamten System der kapitalisti- schen Lohnsklaverei Schluss zu machen. ■



SPARTACIST
DEUTSCHE AUSGABE
FRÜHJAHR 2008
C 140

V. Internationale Konferenz der IKL
Die Aufrechterhaltung eines revolutionären Programms in der nachsowjetischen Periode
SEITE 5
Ausgabe aus dem Hauptband der V. IKL-Konferenz
Nieder mit Exklusivmaterial!
China und die russische Frage

Nr. 26

Rezension einer Biografie von Bryan Palmer:
James P. Cannon
und die Ursprünge der revolutionären Linken in America, 1899-1928
SEITE 29
James P. Cannon 60. Jahrestag, 1922
Föder: „Wir wollen, dass die Komintern eine HW“

Spartacist
(deutsche Ausgabe)

Theoretische und dokumentarische Quellen- sammlung der IKL

Nr. 26, Frühjahr 2008
Nr. 22, Sommer 2001
jeweils € 1,50

(aktuelle Ausgabe im Abo des *Spartakist* enthalten)

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 23555
10127 Berlin

Konto 11988-601
Postbank Frankfurt/M:
BLZ 500 100 60
BIC PBNKDEFF
IBAN DE11 5001 0060
0011 9886 01



SPARTACIST
DEUTSCHE AUSGABE
SOMMER 2001
DM 7,-/100 70

Eine trotzkistische Kritik: Deutschland 1923 und die Komintern
SEITE 2

Nr. 22



activestills.org



Spartakist

Internationale Proteste gegen das israelische Massaker an der Bevölkerung des Gaza-Streifens. Friedensaktivisten in Jerusalem (1. Januar). Rechts: Spartakisten beteiligen sich an Protest in Berlin (3. Januar)

Gaza...

Fortsetzung von Seite 32

„eine schockierende Qualität“ hatten.

Die israelischen Luftangriffe richteten sich besonders gegen Regierungsgebäude und andere Einrichtungen unter Kontrolle der Hamas – die von Zionisten und Imperialisten schon lange als „terroristisch“ gebrandmarkt wird. Zur Vorbereitung der Angriffe startete Israel eine Desinformationskampagne, mit der die Öffnung von Grenzübergängen und die Aufschiebung angedrohter Luftangriffe angekündigt wurden. Die Hamas, die ihr Personal aus Amtsgebäuden evakuiert hatte, „schickte ihre Leute zurück, als sie hörte, dass alles aufgeschoben war“, so ein israelischer Offizieller (*Ha'aretz* online, 28. Dezember 2008). Viele von ihnen starben durch die Bombardierung.

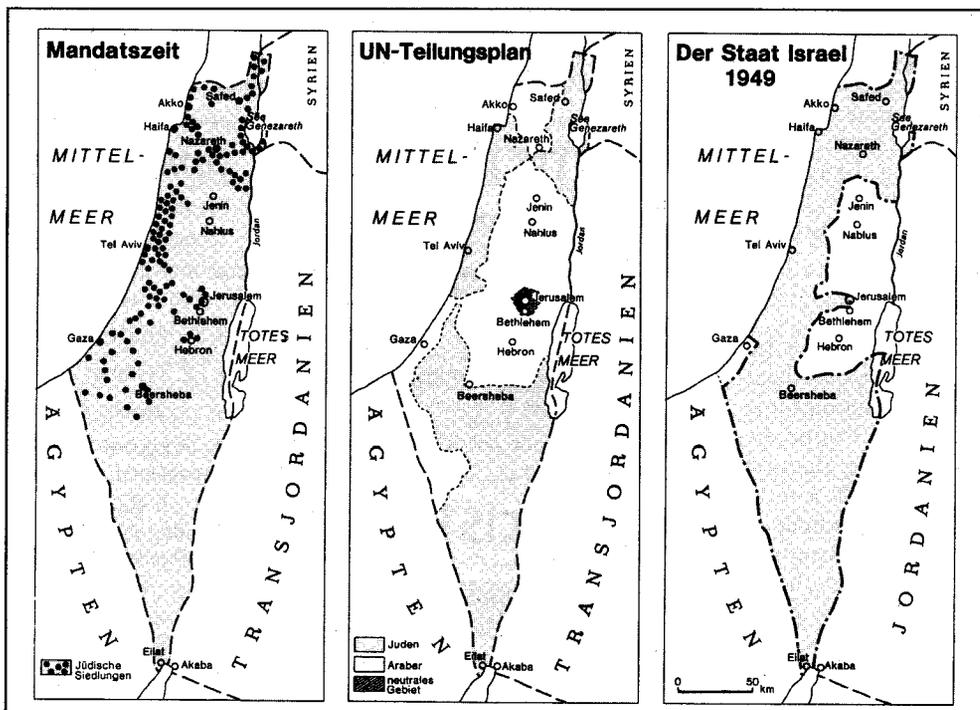
In der Westbank ist die palästinensische Bevölkerung

zunehmend durch eine Apartheidmauer abgeschottet und einer mörderischen Militärbesetzung unterworfen. Ein palästinensischer Jugendlicher, der in Ramallah an Protesten gegen die Luftangriffe auf Gaza teilnahm, wurde von israelischen Truppen erschossen. *Alle israelischen Truppen und Siedler raus aus den besetzten Gebieten!*

Israels Massenmord in Gaza wurde Monate vorher kaltblütig vorbereitet. *Ha'aretz* online (28. Dezember 2008) berichtete: Barak „befahl den israelischen Streitkräften vor mehr als sechs Monaten die Vorbereitung der Operation, obgleich Israel mit der Hamas über einen Waffenstillstand zu verhandeln begann... Barak befahl eine umfassende Informationsbeschaffungskampagne, um Hamas' Sicherheitsinfrastruktur auszukundschaften.“ In der Praxis beendete Israel die instabile „Waffenruhe“ mit der Hamas durch Angriffe auf Gaza, bei denen ein halbes Dutzend Hamas-Kämpfer getötet wurden – in der Nacht der US-Präsident-

schaftswahl. Die darauf folgenden (weitgehend wirkungslosen) Mörser- und Raketenangriffe von Gaza auf nahe gelegene israelische Städte wurden dann als Vorwand für den massiven Überfall benutzt.

Im ganzen Nahen Osten kam es sofort zu Protesten von Zehntausenden. Dabei wurde nicht nur das zionistische Massaker angeprangert, sondern es wurden auch die US-freundlichen arabischen Regime, nicht zuletzt das in Ägypten, verurteilt. Am Vorabend des Überfalls hatte die israelische Außenministerin Zippi Livni den ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak in Israels Pläne eingeweiht. Mubarak schickte umgehend hunderte zusätzliche Grenzschützer los, die die Mauer zwischen Gaza und Ägypten mitkontrollieren sollten. Als verzweifelte Palästinenser auf der Flucht vor der israelischen Bombardierung über die Grenze stürmten, eröffneten ägyptische Posten das Feuer. Laut *Al Jazeera* (30. Dezember 2008): „Mubarak



pbp

Karten zeigen fortschreitende Vertreibung der Palästinenser. 1967 wurden Gaza-Streifen und Westbank durch den zionistischen Staat besetzt

verkündete im ägyptischen Fernsehen ... dass der Grenzübergang bei Rafah erst dann vollständig wieder geöffnet werde, wenn Mahmoud Abbas, der palästinensische Präsident, die Autorität im Gebiet wieder erlangt.“ Der Präsident der Palästinenserbehörde Abbas seinerseits verurteilte zwar die israelischen Angriffe, gab aber ungeheuerlicher Weise der Hamas die Schuld am israelischen Angriff und forderte diese auf, „mit dem Blutvergießen aufzuhören“.

Diese Aufforderung liegt ganz auf der Linie der Bush-Regierung, die, wie nicht anders zu erwarten, verkündete, dass sie „Hamas für verantwortlich hält“. Während des Präsidentschaftswahlkampfes hatte der neu gewählte Präsident Barack Obama von den Demokraten eindeutig seine Unterstützung für die israelischen Angriffe auf Hamas erklärt: „Wenn jemand mein Haus mit Raketen beschießt, wo meine beiden Töchter nachts schlafen, würde ich alles tun, was in meiner Macht steht, um das zu stoppen. Und dasselbe würde ich von den Israelis erwarten.“

Auch die deutsche Regierung gibt der Hamas die Verantwortung für den von Israel geführten Krieg gegen die Palästinenser. So erklärte Außenminister Steinmeier (SPD) in Bild am Sonntag (28. Dezember 2008): „Hamas muss den unerträglichen Raketenbeschuss auf Israel sofort und dauerhaft einstellen!“ Dies gerade in dem Augenblick, wo Israel dabei ist, mehr als hundert Tonnen Bomben auf Gaza abzuwerfen. Nicht nur das, er gibt der Hamas noch die Schuld für „die prekäre Situation der Bevölkerung im Gazastreifen“ – was für ein Zynismus! In den letzten sieben Jahren wurden mehr als 5000 Palästinenser durch das hochgerüstete Israel umgebracht, während der Beschuss durch selbstgebaute Raketen aus dem Gazastreifen 14 israelische Opfer kostete, wie der Guardian (30. Dezember 2008) berichtete.

In einer Erklärung vom 27. Dezember forderte Wolfgang Gehrcke, Obmann der Linksfraction im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages: „Die arabischen Staaten müssen den Raketenangriffen gegen Israel entgegenreten“, und weiter: „Die Bundesregierung muss in der Europäischen Union umgehend eine Friedensinitiative auf den Weg bringen. Die EU sollte gemeinsam mit der Arabischen Liga und besonders engagierten arabischen Staaten wie Ägypten, Jordanien und Saudi-Arabien Kontakte und Verhandlungen mit beiden Seiten aufnehmen.“ Gehrcke und die LINKE fordern eine aktivere Intervention der Imperialisten – vor allem Deutschlands, Frankreichs, und der Kern-EU-Länder, aber auch der USA mittels des „Nahost-Quartetts“ (USA, EU, UNO, Russland) – und verbreiten die Lüge, diese können den Interessen der Palästinenser und des „Friedens“ im Nahen Osten dienen. Der deutsche Im-

perialismus, verantwortlich für den industriellen Massenmord an sechs Millionen Juden und grauenvoller Schächter in zwei Weltkriegen, ist wie der US-Imperialismus der Todfeind der Arbeiter und Unterdrückten der Welt. Der US-Imperialismus ist verantwortlich für das Massaker an Hunderttausenden in den besetzten Ländern Irak und Afghanistan. Der deutsche Imperialismus beteiligt sich an den Besetzungen in Afghanistan und auf dem Balkan und versucht so, seine blutigen Interessen in einer Weltlage zu behaupten, die momentan von der überragenden militärischen Vorherrschaft der USA gekennzeichnet ist. **Bundeswehr raus aus Afghanistan und dem Balkan! USA raus aus Irak und Afghanistan! Nieder mit dem Imperialismus!**

Sowohl das Volk der palästinensischen Araber als auch das hebräischsprachige Volk erheben in Israel/Palästina den Anspruch auf das gleiche kleine Stück Land. Unter dem Kapitalismus kann das eine Volk seine nationale Selbstbestimmung zwangsläufig nur auf Kosten des anderen Volkes ausüben. Die nationale Befreiung der Palästinenser – einschließlich des Rechts auf Rückkehr aller Flüchtlinge und ihrer Nachkommen in die Heimat – erfordert notwendigerweise Arbeiterrevolutionen, die den zionistischen Staat von innen her zerschmettern und die das haschemitische Königreich Jordanien, die baathistischen Bonapartisten Syriens und die kapitalistischen Herrscher im Libanon – alles Länder mit einem erheblichen palästinensischen Bevölkerungsanteil – wegfeigen. Wir setzen auf das Proletariat in der ganzen Region, wie in Ägypten, das in den letzten paar Jahren ein Zentrum von Arbeiterstreiks und Demonstrationen gewesen ist. **Für eine sozialistische Föderation des Nahen Ostens!**

Die israelische Gesellschaft ist keine durchgängig reaktionäre Masse, sondern eine Klassengesellschaft, in der die Arbeiterklasse von ihrer „eigenen“ herrschenden Klasse ausgebeutet wird. Wir haben keine Illusionen, dass es leicht sein wird, den Chauvinismus der hebräischen Arbeiterklasse zu erschüttern. Es wird wohl umwälzende Ereignisse erfordern – wie eine militärische Niederlage oder revolutionäre Aufstände in der Region – um das israelische Proletariat vom Zionismus zu brechen. Diese Aufgabe wird nicht leichter durch die verbrecherischen Bombenanschläge des wahllosen Terrors, den palästinensische Kräfte gegen israelische Zivilisten ausüben. Diese Anschläge treiben die hebräische Bevölkerung nur noch weiter in die Arme der zionistischen Herrscher. In Israel/Palästina, wie in der ganzen Region, geht es entscheidend darum, revolutionäre Arbeiterparteien zu schmieden, die international für eine sozialistische Revolution kämpfen.

Nach Workers Vanguard Nr. 927, 2. Januar 2009

SPARTAKIST 4
Die Geburt des zionistischen Staates
Die jüdische Kolonialisierung von Palästina
Eine marxistische Analyse
Bestell!

Bestell!
Spartakist Nr. 159, Sommer 2005.
„Die Geburt des zionistischen Staates“ (links), eine Übersetzung aus Workers Vanguard von 1973/74, ist eine grundlegende marxistische Analyse der Entstehung Israels und der fortgesetzten Konflikte im Nahen Osten.
Spartakist Nr. 148, Herbst 2002.
„Holocaust, deutscher Imperialismus und Zionismus“ (rechts), legt die Geschichte der Kollaboration der Zionisten mit den Imperialisten, einschließlich der Hilfe des deutschen Imperialismus beim Aufbau Israels.
Zu beziehen über die Verlagsanschrift

SPARTAKIST 4
Herbst 2002
Wie die antisemitische deutsche Bourgeoisie dem Staat Israel half
Holocaust, deutscher Imperialismus und Zionismus
Bestell!

SPARTAKIST

**Verteidigt das palästinensische Volk!
Israel raus aus den besetzten Gebieten!**

Zionistisches Blutbad in Gaza



Links: Grenze zum Gaza-Streifen, 29. Dezember
Rechts: 27. Dezember, Opfer der israelischen
Bomben auf Gaza. Insgesamt wurden bisher
mehr als 485 Palästinenser abgeschlachtet

4. Januar – „Sagen Sie allen, dass dies im 21. Jahrhundert geschieht, während die ganze Welt zuschaut und schweigt. Ich frage mich, wie wenig das palästinensische Blut wert ist“, sagte ein Bewohner von Gaza (english.aljazeera.net, 28. Dezember 2008). Seit Israel vor einer Woche mit der Bombardierung des Gazastreifens begann, wurden mehr als 485 Palästinenser abgeschlachtet und mehr als 2300 verwundet. Der erste Tag von Luftangriffen ergab in Gaza die höchste Zahl von Toten an einem Tag, seit Israel 1967 Gaza und die Westbank im arabisch-israelischen Krieg besetzt hatte. Mehr als **hundert Tonnen Bomben** wurden nun auf einen der am dichtesten bevölkerten Flecken der Erde abgeworfen. Israelische Bodentruppen starteten Samstag eine Bodenoffensive und marschierten nach heftigem Artilleriebeschuss in den Gaza-Streifen ein. Zuvor hatte Ehud Barak von der rein bürgerlichen Arbeitspartei den „kompromisslosen Krieg“ erklärt. Wir treten für *militärische Verteidigung von Hamas gegen*

Israel ein, ohne diesem reaktionären fundamentalistischen Verein die geringste politische Unterstützung zu geben.

Mit seinen 1,5 Millionen palästinensischen Einwohnern, umgeben von einem Elektrozaun, der abgeriegelten Grenze zu Ägypten und dem Mittelmeer, ist Gaza kaum mehr als ein Konzentrationslager – unter der Fuchtel einer völkermörderischen zionistischen herrschenden Klasse. Seit dem Machtantritt der Hamas 2007 ist Gaza durch eine Blockade der USA und Israels von Lebensmitteln, Treibstoff und Medizin abgeschnitten. Heute ist ein Großteil von Gaza kaum etwas anderes als ineinander verkeiltes Metall und zerstörtes Menschenleben, und die schlecht ausgestatteten Krankenhäuser sind mit den zahlreichen Verletzten und Verstümmelten überfüllt. Selbst die prozionistische *New York Times* befand, dass die anfänglichen Luftangriffe, als Frauen auf den Markt gingen und Kinder aus der Schule kamen,

Fortgesetzt auf Seite 30

Für eine sozialistische Föderation des Nahen Ostens!